



EUROBAROMETER 57 - Länderbericht

Auf dem Weg zur Erweiterung Image, Aufgaben und Zukunft der Europäischen Union

Untersuchung im Auftrag
der Vertretung der Europäischen Kommission
in der Bundesrepublik Deutschland

«Dieser Bericht gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Interpretationen und Meinungen, die in diesem Bericht geäußert werden geben allein den Standpunkt der Autoren wieder.»

16. September 2002

EORG E.E.I.G.
111 rue Colonel Bourg – 1140 Brussels - Belgium
Tel : +32 / 2 – 775.01.12 – Fax : +32 / 2 – 761.02.75 – Email : info@eorg.be

1	Einleitung.....	3
2	Zusammenfassung der Hauptergebnisse.....	4
	Summary of main results	6
3	Erweiterung der Europäischen Union.....	8
3.1	Einstellung zur EU-Erweiterung	8
3.2	Auswahl der Beitrittskandidaten.....	9
3.2.1	Grundsätzliches Vorgehen.....	9
3.2.2	Befürwortung des Beitritts der aktuellen Kandidaten	10
3.2.3	Erweiterung um weitere Staaten	11
3.3	Mögliche Folgen der EU-Erweiterung	11
3.4	Zusammenfassung.....	13
4	Zukünftige Gestaltung Europäischen Union	14
4.1	Strukturelle Reformen.....	14
4.2	Entscheidungen auf Europäischer Ebene	15
4.3	Zusammenfassung.....	15
5	Image der EU und der deutschen EU-Mitgliedschaft.....	16
5.1	Persönliches Bild der EU	16
5.2	Persönliche Bedeutung der EU	17
5.3	Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft	20
5.4	Einschätzung der EU-Institutionen	22
5.5	Europäische vs. Nationale Identität.....	26
5.6	Zusammenfassung.....	27
6	Aufgaben der Europäischen Union und Unterstützung der EU-Politik	28
6.1	Relevante Politikfelder.....	28
6.1.1	Allgemeine Befürchtungen	28
6.1.2	Befürchtungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union	30
6.2	Durch die EU vorrangig zu lösende Aufgaben	32
6.3	Regierungs- und Unionsaufgaben.....	34
6.4	Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	37
6.5	Zusammenfassung.....	38
7	Die Europäische Währungsunion.....	39
7.1	Verlauf der Währungsumstellung	39
7.2	Einstellung zur Währungsunion nach Einführung des Euro.....	39
7.3	Alltäglicher Umgang mit dem Euro	39
7.4	Preisniveau nach Einführung des Euro: Euro=Teuro?	40
7.5	Euro und Europäisches Bewusstsein	40
7.6	Zusammenfassung.....	41
8	Kenntnis der Europäischen Union.....	42
8.1	Subjektiv empfundener Wissensstand	42
8.2	Informationsverhalten	42
8.3	Kenntnis der Institutionen.....	46
8.4	Zusammenfassung.....	47
9	Anhang	48

Die in diesem Bericht genannten Zahlen sind gerundet. Berechnungen (z.B. Zuwächse, Abnahmen, usw.) beruhen auch auf gerundeten Zahlen. Jegliche Unterschiede, die im Vergleich zu anderen Quellen auftreten könnten, beruhen deshalb auf Rundungen.

Auf dem Weg zur Erweiterung Image, Aufgaben und Zukunft der Europäischen Union

Thomas Hanßen
Dr. Christian Holst
INRA Deutschland

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse des Eurobarometer 57.1 für Deutschland vor. Die Untersuchung, durchgeführt von der European Opinion Research Group im Auftrag der Europäischen Kommission, behandelt die Institutionen, die allgemeine Politik und aktuelle Themen der Europäischen Union und des europäischen Einigungsprozesses aus Sicht der EU-Bürger.

In Kapitel zwei werden in einem kurzen Überblick die Hauptergebnisse der Befragung dargestellt.

Kapitel 3 ist dem Thema Erweiterung der Europäischen Union gewidmet. Hier geht es um die grundsätzliche Einstellung der Deutschen in der Frage der Erweiterung, um das Auswahlverfahren und die Befürwortung der Aufnahme der einzelnen Beitrittskandidaten. Abschließend wird in diesem Kapitel auf die erwarteten Folgen der EU-Erweiterung eingegangen.

Kapitel 4 behandelt die zukünftige institutionelle Gestaltung und die Entscheidungsfindung der Europäischen Union.

In Kapitel 5 werden der Eindruck, den die Deutschen von der Europäischen Union haben, ihre Einstellung zur EU insgesamt und zu den einzelnen Institutionen sowie die persönliche Bedeutung der EU dargestellt.

In Kapitel 6 geht es vor allem um die Aufgaben der EU aus Sicht der Bürger. Es gibt einen Überblick über zu lösende Probleme und die gewünschte Verteilung der Aufgaben zwischen der Europäischen Union und der Deutschen Bundesregierung. Ferner wird auf die Unterstützung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eingegangen.

Kapitel 7 behandelt die Einstellung der Deutschen zur Europäischen Währungsunion und zur Einführung des Euro. Dabei wird auch der Verlauf der Währungsumstellung aus deutscher Sicht dargestellt.

Kapitel 8 befasst sich schließlich mit dem Kenntnisstand der Deutschen im Bezug auf die Europäische Union und ihre Institutionen sowie dem Interesse an der EU und den Informationsquellen zur EU.

Der Anhang enthält die technischen Spezifikationen der Untersuchung und den Fragebogen.

2 ZUSAMMENFASSUNG DER HAUPTERGEBNISSE

Positive Entwicklung des EU-Bildes und der Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft

- Das Bild der Europäischen Union hat sich im April 2002 gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert. Hatten im Frühjahr 2001 nur 35% der deutschen Bevölkerung ein positives oder sehr positives Bild von der EU, so sind es im April 2002 44%. In Ostdeutschland stieg dieser Anteil um 14 Prozentpunkte und damit doppelt so stark wie im Westteil (7 Pp.).
- Die deutsche EU-Mitgliedschaft sehen 52% der Deutschen positiv. Hatten die Bürger seit 1996 die Mitgliedschaft eher schlechter eingeschätzt, so entspricht die Einschätzung nun wieder dem EU-Durchschnitt.
- Mit der Europäischen Union verbinden die Bürger in Deutschland - mehr als der Rest der EU-Bürger - vor allem den Euro, die Freizügigkeit zu reisen, zu studieren und arbeiten, den Frieden, mehr Mitsprache in der Welt und die kulturelle Vielfalt.
- Auf die eigene Person bezogen halten sich für eine relative Mehrheit der Deutschen durch die EU bedingte Vor- und Nachteile die Waage.

Vertrauen in die Europäische Union höher als in die Bundesregierung

- In Deutschland ist das Vertrauen in die EU ebenso hoch, wie in den Deutschen Bundestag und höher als in die Bundesregierung. EU-weit genießt die EU sogar höheres Vertrauen als das jeweilige nationale Parlament.
- Unter den Institutionen der Europäischen Union besitzen aus Sicht der Deutschen unabhängige Institutionen wie der Europäische Gerichtshof, die Zentralbank und der Rechnungshof hohe Bedeutung und Vertrauenswürdigkeit.
- Aus Sicht der Deutschen spielt das „institutionelle Dreieck“ (Parlament, Kommission und Ministerrat) der Europäischen Union eine weniger wichtige Rolle als aus der Sicht der EU-Bürger insgesamt.

Eingeschränkte Zustimmung zur geplanten EU-Erweiterung

- Die Zustimmung zur Erweiterung der Europäischen Union ist in Deutschland rückläufig. 43% der Deutschen (West: 42%, Ost: 48%) bekennen sich nur zu einer Erweiterung, im Dezember 2001 waren es noch 47%. Deutschland ist damit eines der Länder mit der geringsten Zustimmung.
- Es deutet sich jedoch in Deutschland wie auch in der gesamten EU eine Tendenz an, dass mit dem Näherücken der Beitrittstermine und der damit verbundenen verstärkten Berichterstattung in den Medien, eher negative Aspekte in den Vordergrund rücken.
- Dafür fühlen sich die Deutschen gut oder sehr gut über die Erweiterung der Europäischen Union informiert. Der subjektiv empfundene Informationsstand in Deutschland ist höher als in der EU insgesamt. Doch blieb in Deutschland (25%) wie auch in der EU insgesamt (21%) der Informationsstand gegenüber der vorigen Befragung im Frühjahr 2001 auf einem relativ niedrigen Niveau.
- Erweiterungsbedingt stehen positiven Erwartungen wie einer wichtigeren Rolle Europas in der Welt und der Sicherung des Friedens in Europa gleichermaßen Befürchtungen einer höheren Arbeitslosigkeit, weniger finanziellen Hilfen und höherer Kosten für Deutschland gegenüber.

Breite Unterstützung einer Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- Eine gemeinsame Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union findet in Deutschland die Unterstützung einer breiten Mehrheit (Sicherheits- und Verteidigungspolitik: 79%, Außenpolitik: 75%). Die Unterstützung ist seit der letzten Befragung im Herbst 2001 stabil und höher als im EU-Durchschnitt (Sicherheits- und Verteidigungspolitik: 71%, Außenpolitik: 64%).
- Als vorrangige gemeinschaftliche Aufgaben der Europäischen Union stufen ihre Bürger die Bewahrung von Frieden und Sicherheit und die Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität und der Arbeitslosigkeit ein.
- In Deutschland wie auch EU-weit ist die Mehrheit der Bürger der Meinung, dass Entscheidungen auf diesen Gebieten eher auf Europäischer Ebene getroffen werden sollten als allein durch die Bundesregierung bzw. die jeweilige nationale Regierung.

Die Mehrheit der Bürger wünscht eine Verfassung der Europäischen Union

- Die gute Mehrheit der Deutschen (65%) wie auch der EU-Bürger insgesamt (63%) ist der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte.
- Gerade vor der anstehenden Erweiterung meint mehr als die Hälfte (55%) der Deutschen, die Reform der Institutionen müsse vor einer Aufnahme weiterer Mitgliedsländer geschehen. Dieser Anteil ist im Vergleich zur letzten Erhebung sogar gestiegen.

Einstellung zum Euro positiv - trotz dem Gefühl von Preissteigerungen

- Die Währungsumstellung ist aus Sicht der Deutschen gut gelaufen. Der Bevölkerungsanteil in Deutschland, der die Umstellung als problemlos erlebt hat (50%), ist größer als in der Eurozone insgesamt (35%).
- Die positive Einstellung gegenüber der Währungsunion mit dem Euro als gemeinsamer Währung hat sich, sowohl in Deutschland (67%) als auch in der Euro-Zone (75%), nach dessen Einführung noch verbessert (jeweils +7 Prozentpunkte).
- Drei Viertel der Deutschen sind der Meinung, dass die Preise bei der Einführung des Euro in allen Bereichen generell aufgerundet wurden, in der Eurozone sind knapp unter 70% dieser Meinung. Dafür ist dort ein größerer Bevölkerungsanteil als in Deutschland der Meinung, dass es nur in einigen Bereichen zu Verteuerungen kam (Eurozone 15%, D 11%).

Hoher Kenntnisstand über die EU in Deutschland

- Nach eigener Einschätzung gehören die Deutschen zu den am besten informierten EU-Bürgern.
- Die Mehrheit der Deutschen gibt an, Nachrichten über die EU aufmerksam zu verfolgen.
- Dennoch ist das Interesse an Berichterstattung über die Europäische Union in Deutschland im Vergleich zu anderen politischen und gesellschaftlichen Themen geringer. Der Anteil aufmerksamer Beobachter liegt unter dem EU-Durchschnitt.

Summary of main results

Positive development of the EU's image and the assessment of the German membership in the EU

- In April 2002 the image of the European Union has strongly improved compared to the previous year. While in the spring of 2001 only 35% of the German population had a positive or very positive view of the EU, in April 2002 this number rose to 44%. In East Germany this share rose by 14 percentage points and thus twice as much as in West Germany (+7 percentage points).
- 52% of the Germans look positively upon the German EU-membership. Since 1996 the citizens had a less positive view. Now their assessment is again within the EU average.
- More than the rest of the EU citizens, the majority of Germans associate the EURO, the freedom to travel, study and work, more say in the rest of the world and cultural diversity with the European Union.
- With regard to their personal situation a relative majority holds that Germany's EU membership has brought them personally as many advantages as disadvantages.

Trust in the European Union is higher than trust in the national government

- Germans trust the European Union as much as they trust their national parliament and the EU enjoys more trust than the German government. Among all European citizens the European Union is trusted more than the respective national parliaments.
- Those institutions that have an independent supervisory function, such as the European Court of Justice, the European Central Bank, and the Court of Auditors enjoy a high degree of trust and importance among the Germans.
- Germans consider the European "institutional triangle" of Parliament, Commission and Council of Ministers as less important than the European citizens as a whole.

Limited support for the planned enlargement of the European Union

- The support for the enlargement of the European Union is shrinking. 43% of the Germans (West: 42%, East: 48%) are generally in favor of an enlargement of the European Union. This is less than in December 2001 (47%). This makes Germany one of the countries with the lowest degree of support for the enlargement.
- This points to a development that can be observed in Germany as well as in the rest of the EU, where the approaching ascension dates and the increasing media coverage, seem to push negative aspects of the enlargement into the foreground.
- At the same time do Germans feel well or very well informed about the enlargement of the European Union. The perceived degree of information is higher among the German citizens than in the EU as a whole. However, the compared to the previous survey in the spring of 2001 the level of information remains relatively low in Germany (25%) and the EU as a whole (21%).
- Due to the enlargement process positive expectations, such as a more important role for Europe in the world, and maintaining peace and security in Europe, are counterbalanced by concerns about rising unemployment, less financial aid from the EU for Germany, and higher costs for member states like Germany.

Broad support for a common foreign, security and defense policy

- A common foreign, security and defense policy within the European Union is supported by a broad majority of Germans (security and defense policy: 79%, foreign policy: 75%). This degree of support has been stable since the fall of 2001 and is higher than the EU-average (security and defense policy: 71%, foreign policy: 64%).
- In the view of its citizens the most important issues that the European Union should address are maintaining peace and security in Europe, the fight against terrorism and organized crime and the fight against unemployment.
- The majority of citizens in Germany and in the European Union as a whole think, that those issues should be decided on jointly within the European Union instead of the national governments alone.

The majority of citizens wants a European constitution

- A solid majority of Germans (65%) and European citizens in general (63%) thinks, that the European Union should have a constitution.
- Especially within the context of the enlargement more than half of the Germans (55%) think that before the admission of more member states, a reform of the EU's institutions and decision-making processes should be made a priority. This share has increased since the last survey.

A positive attitude towards the Euro – despite the feeling of rising prices

- From the German point of view the switch to the Euro went well. The share of the German population that considered the changeover as unproblematic (50%) is larger than in the Eurozone as a whole 35%).
- The positive attitude towards the European Monetary Union with the Euro as single currency in Germany (67%) and in the Eurozone (75%) has improved (+7 percentage points each) after the introduction of the Euro .
- Three quarters of Germans feel that the wake of the changeover, prices were generally rounded upwards in all areas. 70% of the citizens in the rest of the Eurozone hold this opinion. Alas, in the rest of the Eurozone a larger share of the population thinks, that prices rose only in some areas (Eurozone 15%, Germany 11%).

High degree of knowledge about the European Union among Germans

- According to their own assessment the Germans are among the best informed citizens of the EU.
- The majority of Germans says, that they follow news about the European Union attentively.
- However, Germans are less interested in news about the European Union than in news about other political and societal issues. The share of those who are interested in news about the European Union is smaller than the EU-average.

3 ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

3.1 Einstellung zur EU-Erweiterung

In Deutschland spricht sich Im April 2002 eine relative Mehrheit für eine Erweiterung der Europäischen Union aus. Allerdings weist die Zustimmung rückläufige Tendenz auf. Auf die direkte Frage, ob man für oder gegen die Erweiterung der Europäischen Union sei, bekennen sich 43% der Deutschen (West: 42%, Ost: 48%) grundsätzlich zu einer Erweiterung. Im Dezember 2001 waren es noch 47%. Deutschland ist damit eines der Länder mit der geringsten Zustimmung, nur in Frankreich (40%) und UK (38%) ist die Zustimmung zu einer Erweiterung noch geringer. 36% der Deutschen sprechen sich explizit gegen eine Erweiterung aus und immerhin 22% haben keine Meinung. Für die Erweiterung sind in Deutschland eher Personen mit längerer Ausbildungsdauer und die jüngeren Altersgruppen.

EU-weit ist die Zustimmung zur EU-Erweiterung nur um einen Prozentpunkt, von 51% im Dezember 2001 auf 50% im April 2002 zurückgegangen.

Ein Viertel der Deutschen fühlt sich gut oder sehr gut über die Erweiterung der Europäischen Union durch die neuen Beitrittskandidaten informiert. Damit ist der Informationsstand in Deutschland etwas höher als in der EU insgesamt (21%). Sowohl in Deutschland wie auch in der EU insgesamt hat sich der Informationsstand gegenüber der vorigen Befragung im Frühjahr 2001 (EB 55) aber nur geringfügig verbessert.

Die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die Europäische Union ist für etwas weniger als ein Viertel der Deutschen (23%) eine von der EU vorrangig zu behandelnde Maßnahme, in Ostdeutschland sogar nur für jeden fünften Bürger. Dieser Wert liegt damit etwas unter EU-Niveau, in der EU insgesamt sieht etwas mehr als ein Viertel der Bürger (27%) die EU-Erweiterung als vorrangig an.

3.2 Auswahl der Beitrittskandidaten

3.2.1 Grundsätzliches Vorgehen

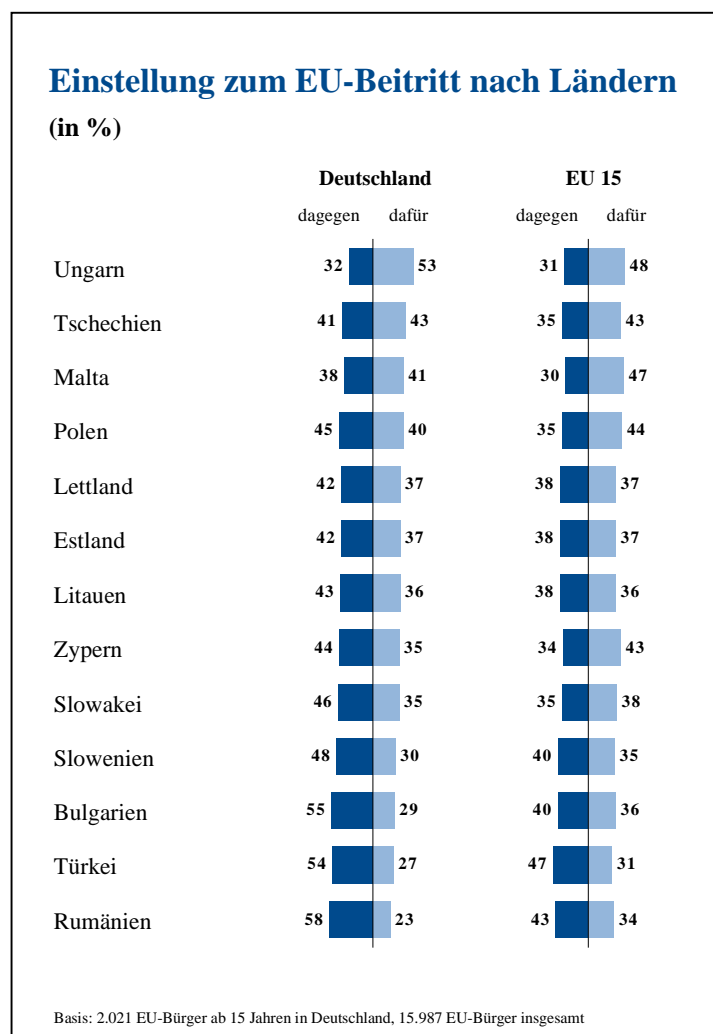
Im Bezug auf das grundsätzliche Vorgehen bei der Auswahl der Beitrittskandidaten bietet die Europäische Union ein geschlossenes Bild. Die relative Mehrheit, in Deutschland 47%, EU-weit 40%, befürwortet eine Erweiterung, bei der aber nicht alle, sondern nur einige der beitrittswilligen Länder Aufnahme finden sollten.

Während in Deutschland eine Minderheit von 14% die Aufnahme aller beitrittswilligen Länder befürwortet und 24% der Bevölkerung keine weiteren Länder in die EU aufgenommen sehen möchte, halten sich diese Standpunkte EU-weit mit jeweils 21 % Zustimmung die Waage. Damit ist die Haltung der Deutschen etwas restriktiver als in der Europäischen Union insgesamt.

Das Meinungsbild zur Erweiterung zeigt im Vergleich zur letzten Erhebung nur geringfügige Veränderungen: Seit Herbst 2001 hat sich in Deutschland der Anteil der Erweiterungsgegner geringfügig, um 2 Prozentpunkte, erhöht, während die Befürwortung der Aufnahme aller beitrittswilligen Länder um einen Prozentpunkt zurückgegangen ist. In der gesamten EU sinkt die Bereitschaft zur Aufnahme aller Beitrittskandidaten um 3 Pp., die Zustimmung zu einer selektiven Vorgehensweise nimmt um 2 Pp. zu.

3.2.2 Befürwortung des Beitritts der aktuellen Kandidaten

Von den 13 aktuellen Beitrittskandidaten findet sich in der deutschen Bevölkerung nur für 3 eine relative Mehrheit, die die Aufnahme dieser Länder in die Europäische Union befürwortet. Dabei handelt es sich um Ungarn (53%), Tschechien (43%) und Malta (41%). Im Falle der übrigen zehn Staaten spricht sich jeweils eine relative Mehrheit gegen die Aufnahme in die EU aus.



Die Zustimmung ist für alle aktuellen Beitrittskandidaten gegenüber der letzten Befragung im Dezember 2001 in Deutschland leicht rückläufig. Dadurch gehören auch Zypern und Lettland, deren Beitritt damals noch von einer relativen Mehrheit der Deutschen befürwortet wurde, nun zu den Ländern, deren Aufnahme eine Mehrheit ablehnend gegenübersteht.

In Ostdeutschland ist die Zustimmung zur Aufnahme einzelner Länder generell höher als in Westdeutschland. Über die drei erwähnten Beitrittskandidaten hinaus ist hier jeweils auch eine Mehrheit für die Aufnahme der Slowakei, Polens und Zyperns. Dagegen wird in Westdeutschland lediglich die Aufnahme von Ungarn und Malta von einer Mehrheit der Bürger unterstützt, wobei im Falle Maltas ein fast ebenso großer Bevölkerungsanteil gegen die Aufnahme ist.

Unter den EU-Bürgern insgesamt ist, wie in Ostdeutschland, jeweils eine Mehrheit für die Aufnahme Ungarns, Tschechiens, Maltas, Polens, Zyperns und der Slowakei.

3.2.3 Erweiterung um weitere Staaten

Der Beitritt anderer Europäische Staaten, mit denen zur Zeit keine Assoziationsabkommen bestehen, würden z.T. eine höhere Akzeptanz finden als der der aktuellen Beitrittskandidaten. Jeweils eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung wäre für eine Aufnahme der Schweiz (82%), Norwegens (79%) und Islands (54%). Die Aufnahme dieser Länder wird in Ost- und Westdeutschland ebenso wie EU-weit befürwortet.

Hingegen würde die Aufnahme der weiteren Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (mit Slowenien besteht ein Assoziationsabkommen) und Albanien jeweils von einer Mehrheit abgelehnt, wobei die Ablehnung in Deutschland durchweg höher ist als in der EU insgesamt.

3.3 Mögliche Folgen der EU-Erweiterung

Als positive Auswirkungen einer Erweiterung erwarten mehr als die Hälfte der Deutschen (61%) wie auch der EU Bürger (63%) eine wichtigere Rolle der Europäische Union in der Welt. Ebenfalls mehr als die Hälfte der Bürger stimmen den Aussagen zu, dass Frieden und Sicherheit in Europa durch eine EU-Erweiterung in höherem Maße garantiert werden und dass die Aufnahme weiterer Länder eine kulturelle Bereicherung für Europa sei.

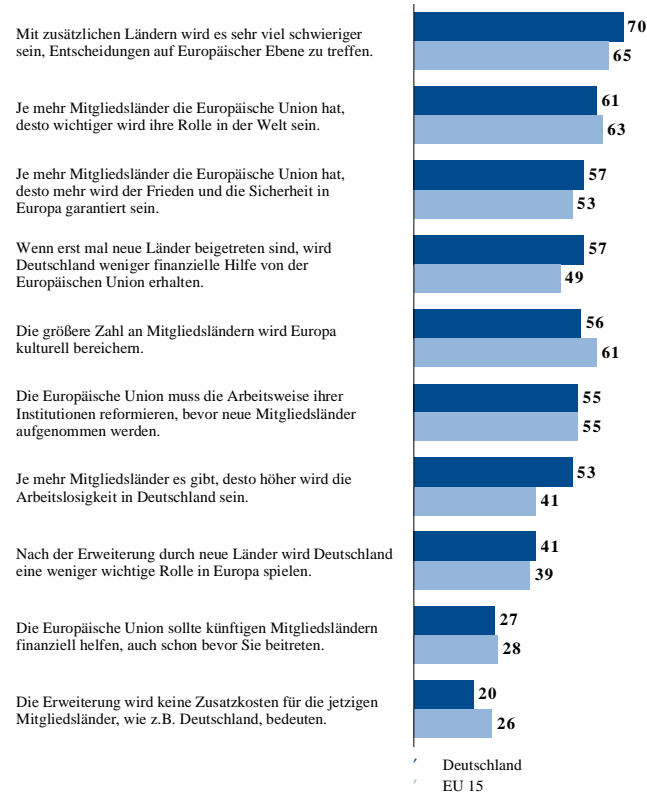
Auf der anderen Seite werden auch negative Folgen der Erweiterung befürchtet. Diese Befürchtungen äußert in Deutschland zumeist ein größerer Anteil der Bevölkerung als in der EU insgesamt. So befürchtet gut die Hälfte der Deutschen (53%) einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland aufgrund der EU-Erweiterung. In Ostdeutschland teilen sogar 59% diese Befürchtung, während EU-weit nur 41% diese Gefahr für ihr jeweiliges Heimatland sehen.

Etwa 40% der Deutschen wie auch der EU-Bürger denken, dass ihr Land in einer erweiterten Union eine weniger wichtige Rolle spielen wird.

Eine Mehrheit der EU-Bürger rechnet offenbar bei einer EU-Erweiterung mit zusätzlichen Kosten für die jetzigen Mitgliedsländer bzw. mit geringerer finanzieller Hilfe seitens der EU: nur etwa ein Viertel der EU-Bürger (26%) bzw. ein Fünftel der Deutschen (20%) stimmt der Aussage zu, dass die Erweiterung keine Zusatzkosten bedeutet; über die Hälfte der Deutschen (57%) und etwa die Hälfte der EU-Bürger (49%) vermuten, dass ihr Land nach einer Erweiterung weniger finanzielle Hilfe von der EU erhalten wird. Dennoch ist ein Viertel der Deutschen (27%) und sogar fast ein Drittel der Ostdeutschen (31%) der Meinung, die Europäische Union sollte zukünftige Mitgliedsländer schon vor dem Beitritt finanziell unterstützen.

Folgen der EU-Erweiterung

Zustimmung (in %)



Basis: 2.021 EU-Bürger ab 15 Jahren in Deutschland, 15.987 EU-Bürger insgesamt

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union stimmen in Deutschland etwas mehr als zwei Drittel (70%) der Bevölkerung, EU-weit knapp zwei Drittel (65%), der Aussage zu, dass es mit einer größeren Anzahl an Mitgliedern schwieriger werden wird, Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, vor Aufnahme neuer Mitgliedsländer müsse die EU die Arbeitsweise ihrer Institutionen reformieren.¹

Bezüglich der möglichen Auswirkungen einer EU-Erweiterung gibt es nur geringfügige Veränderungen der Einstellungen im Vergleich zur vorigen Erhebung im Herbst 2001 (EB 56). Die Erschwerung der Entscheidungsfindung bei steigender Mitgliederzahl steht unverändert im Vordergrund. Es deutet sich jedoch in Deutschland wie auch in der gesamten EU eine Tendenz an, dass mit dem Näherrücken der Beitrittstermine negative Aspekte in den Vordergrund rücken, während positive Erwartungen eher abnehmen. So stimmen beispielsweise EU-weit weniger Bürger der Aussage zu, dass durch mehr Mitglieder Frieden und Sicherheit in Europa in höherem Maße garantiert seien (EU Dez 2001: 59%, April 2002: 53%) und dass die EU durch mehr Mitgliedsländer eine wichtigere Rolle in der Welt spielen werde (EU Dez 2001: 68%,

¹ Einzelfragen zu Entscheidungsprozessen werden in Kap. 4 behandelt

April 2002: 63%). In Deutschland beträgt der Rückgang allerdings erst zwei bzw. drei Prozentpunkte und fällt damit geringer aus als in der EU insgesamt.

Dagegen erhöht sich der Anteil, der durch die Erweiterung eine höhere Arbeitslosigkeit, geringere finanzielle Hilfe für das eigene Land oder auch ein geringeres Gewicht des eigenen Landes innerhalb der Europäischen Union erwartet, in Deutschland wie EU-weit um jeweils ein bis drei Prozentpunkte.

3.4 Zusammenfassung

- Eine relative Mehrheit der Deutschen ist für eine Erweiterung der Europäischen Union.
- Die Zustimmung zur Erweiterung ist in Deutschland aber leicht rückläufig und geringer als in der EU insgesamt.
- In Deutschland wie EU-weit sind die Bürger für ein selektives Vorgehen bei der Aufnahme neuer Mitglieder.
- Die Unterstützung einer Mehrheit der Deutschen finden derzeit nur drei Länder: Ungarn, Tschechien und Malta.
- In der Europäischen Union insgesamt befürwortet ebenfalls eine Mehrheit die Aufnahme dieser Länder, darüber hinaus ist jeweils eine Mehrheit für die Aufnahme Polens, Zyperns und der Slowakei.
- Die Deutschen wie auch die EU-Bürger würden darüber hinaus mit jeweils klarer Mehrheit die Aufnahme der Schweiz, Norwegens und Islands unterstützen.
- Als Folge der Erweiterung wird vor allem eine Erschwerung der Entscheidungsfindung auf Europäischer Ebene erwartet.
- Positiven Erwartungen wie einer wichtigeren Rolle Europas in der Welt und der Sicherung des Friedens in Europa stehen gleichermaßen Befürchtungen einer höheren Arbeitslosigkeit, weniger finanziellen Hilfen und höherer Kosten für Deutschland gegenüber.

4 ZUKÜNFTIGE GESTALTUNG EUROPÄISCHEN UNION

4.1 Strukturelle Reformen

Ein Aspekt der institutionellen Reformen ist die Diskussion einer europäischen Verfassung. Hier sind knapp zwei Drittel der Deutschen (65%) der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte. Dieser Anteil entspricht in etwa dem der EU-Bürger insgesamt, die dieser Auffassung sind. Für eine Verfassung sprechen sich eher Personen mit einer umfassenderen Ausbildung aus.

Neben der Diskussion um die Verfassung wird auch die Frage behandelt, wie der Präsident der Europäischen Kommission künftig bestimmt werden soll und wem er verantwortlich ist. Nach Meinung einer relativen Mehrheit der Deutschen (38%) sollte der Präsident der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament gewählt werden, dies würde etwa dem Modell der Wahl des Deutschen Bundeskanzlers entsprechen.

Ein Drittel der Befragten in Deutschland ist der Meinung, dass der Präsident direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt werden sollte, wobei in Ostdeutschland eine relative Mehrheit (38%) für die Direktwahl ist. Auf Unionsebene stehen sich in dieser Frage zwei gleich große Lager gegenüber: mit 35% bzw. 36% sprechen sich nahezu gleiche Bevölkerungsanteile für diese beiden Verfahren aus. Das jetzige Verfahren der Ernennung durch die Staats- und Regierungschefs befürwortet nur etwa jeder zehnte Bürger (D: 13%, EU: 14%).

Eine klare Mehrheit der Deutschen (71%) ebenso wie der EU-Bürger (66%) ist für den Rücktritt des Kommissionspräsidenten und der Kommissare, wenn diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit des Europäischen Parlaments besitzen.

In Deutschland wie in der gesamten Europäischen Union ist die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, die Reform der Institutionen und ihrer Arbeitsweise sollte vorrangig behandelt werden. Im Zusammenhang mit der Erweiterung meint sogar mehr als die Hälfte (55%), dies müsse vor einer Aufnahme weiterer Mitgliedsländer geschehen. Dieser Anteil ist im Vergleich zur letzten Erhebung geringfügig größer geworden.

In der Frage der Finanzierung der Europäischen Union ist die Bevölkerung für die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens. Jeweils die Hälfte der Deutschen und der EU-Bürger zieht die Abführung eines Teils der Steuereinnahmen durch den Staat an die EU einer direkten Zahlung vor. Lieber direkt zahlen würde nur jeweils ein Fünftel der Bürger. Knapp 30% äußern hierzu jedoch keine Meinung.

4.2 Entscheidungen auf Europäischer Ebene

Oben (vgl. Punkt 3.3) wurde bereits die Befürchtung angesprochen, dass durch die geplante EU-Erweiterung die Entscheidungsfindung in der Europäischen Union erschwert wird. Vor dem Hintergrund einer Erweiterung auf mehr als 25 Mitgliedsstaaten ist jeweils eine relative Mehrheit der Deutschen (43%) und der EU-Bürger (41%) dafür, dass die Entscheidungen in der Europäischen Union von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten (im Rat der Europäischen Union, der aus Vertretern der Mitgliedsstaaten auf Ministerebene besteht) getroffen werden sollten.

Auf der einen Seite wird somit das Mehrheitsprinzip zur Sicherung der Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union befürwortet. Auf eine weitere Frage, die den Aspekt der Wahrung nationaler Interessen bei wichtigen oder heiklen Entscheidungen thematisiert, spricht sich jedoch die Hälfte der Bürger in Deutschland wie EU-weit für die Beibehaltung eines Veto-Rechts.

Während die Einführung eines generellen Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen der Europäischen Union in Deutschland unter Personen mit der umfassendsten Ausbildung sogar von der absoluten Mehrheit (55%) befürwortet wird, ist auch in dieser Gruppe die relative Mehrheit für die Beibehaltung des Vetorechts.

4.3 Zusammenfassung

- Die Mehrheit der Deutschen und auch der EU-Bürger ist der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte.
- Eine Reform der Strukturen und Entscheidungsverfahren der Europäischen Union wird insbesondere im Zusammenhang mit der anstehenden Erweiterung als dringlich angesehen.
- Nach Auffassung der EU-Bürger sollte der Präsident der Europäischen Kommission durch eine Wahl bestimmt werden. Während in Deutschland eine knappe Mehrheit die Wahl durch das Europäische Parlament einer Direktwahl vorzieht, werden von den EU-Bürgern beide Möglichkeiten gleichermaßen unterstützt.
- Eindeutig ist das Ergebnis bezüglich der Abwahl des Präsidenten und der EU-Kommissare. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Bürger ist für ihren Rücktritt, wenn sie nicht das Vertrauen der Mehrheit des Europäischen Parlaments besitzen.
- Im Bezug auf die Beschlussfassung in der Europäischen Union kann man sich nicht vollständig zum Mehrheitsprinzip bekennen. Einerseits ist die relative Mehrheit der Bürger prinzipiell für Mehrheitsentscheidungen, andererseits will die Hälfte ein Veto-Recht beibehalten.

5 IMAGE DER EU UND DER DEUTSCHEN EU-MITGLIEDSCHAFT

5.1 Persönliches Bild der EU

Das Bild der Europäischen Union hat sich im April 2002 gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert. Hatten im Frühjahr 2001 nur 35% der deutschen Bevölkerung ein positives oder sehr positives Bild von der EU, so sind es im April 2002 44%. Somit sieht nun eine relative Mehrheit der Deutschen die EU positiv. In der EU insgesamt verbesserte sich der Wert von 42% auf knapp die Hälfte (49%).

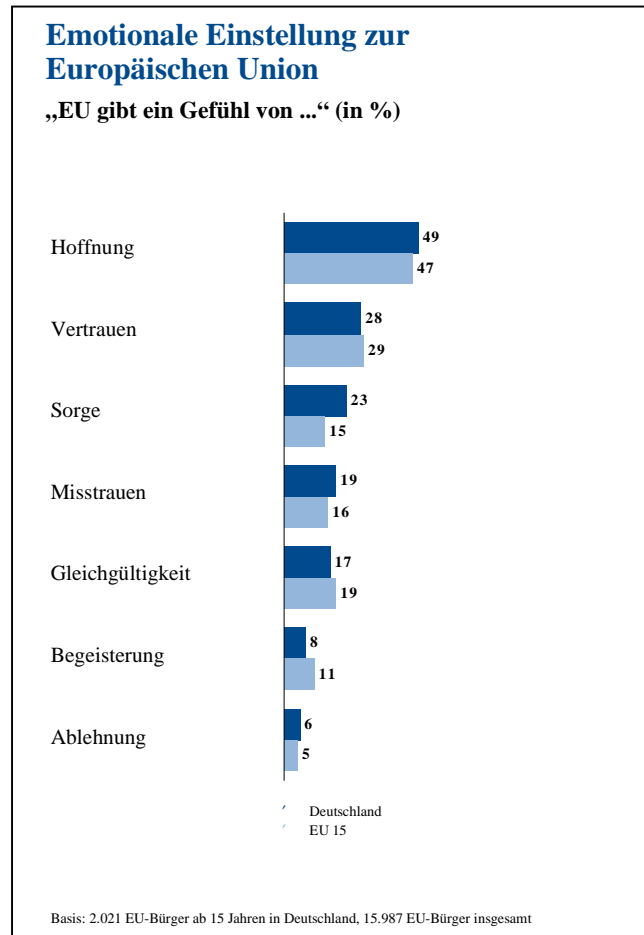
Während der Anteil mit neutralem Eindruck gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben ist, hat sich der Anteil mit negativem EU-Bild jedoch deutlich um 7 Prozentpunkte verringert. Etwas mehr als ein Drittel der Deutschen (37%) steht der EU neutral gegenüber, der Anteil mit explizit negativem Eindruck ist etwas geringer als in der EU insgesamt (D: 12%, EU: 14%).

In Ostdeutschland hat sich der Bevölkerungsanteil mit positivem EU-Bild von 27% auf 41% und damit deutlich stärker erhöht als in den alten Bundesländern (von 37% auf 44%). Der Anteil ist jedoch immer noch etwas geringer als in Westdeutschland.

Tendenziell besser ist das Bild der Europäischen Union bei Jüngeren, bei Personen mit längerer Ausbildung und bei solchen, die sich noch in der Ausbildung befinden sowie bei Leitenden und einfachen Angestellten

5.2 Persönliche Bedeutung der EU

Auf der emotionalen Ebene löst die Europäische Union überwiegend positive Gefühle aus.



So gibt jeweils knapp der Hälfte der Bundesbürger (49%) wie auch der EU-Bürger insgesamt (47%) die Europäische Union ein Gefühl der Hoffnung. In Deutschland ist dieser Anteil am größten in der Altersgruppe der 25-39jährigen und steigt um so mehr, je umfassender die genossene Ausbildung war.

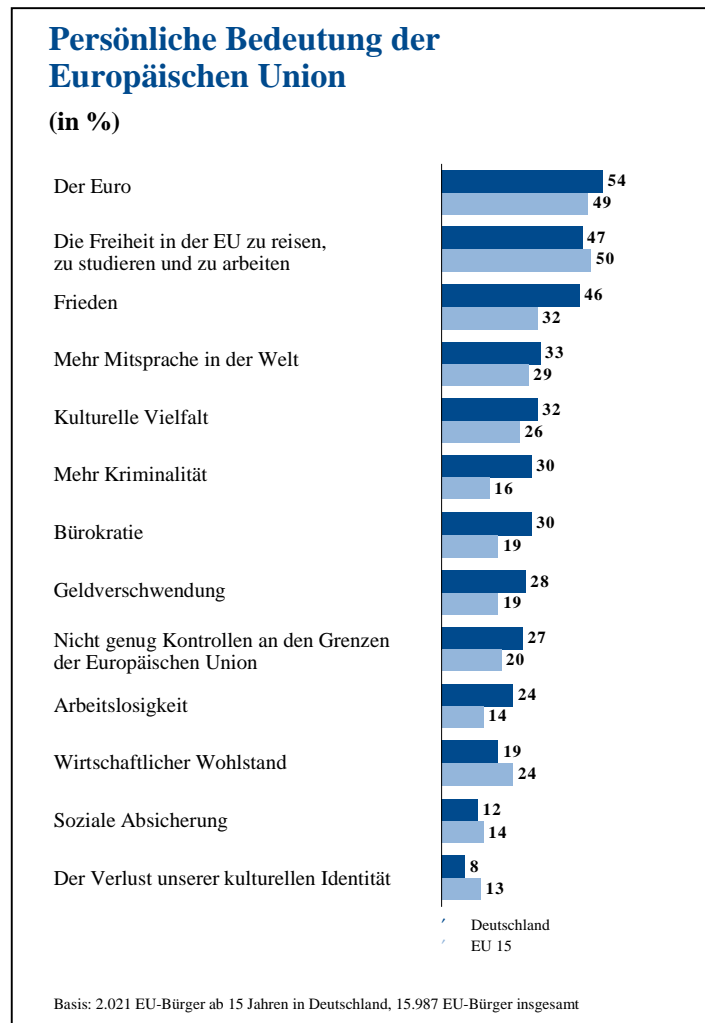
Etwas mehr als ein Viertel der Deutschen (28%) hat ein Gefühl des Vertrauens, auch dieses Gefühl ist unter Personen mit umfassenderer Ausbildung verbreiteter.

Allerdings: Begeisterung löst die EU lediglich bei 8% der Deutschen aus (EU: 11%), während 17% der Deutschen der EU gleichgültig gegenüberstehen (EU: 19%).

Etwa jeder fünfte Deutsche begegnet der EU mit Misstrauen oder Sorge. Diese Gefühle sind stärker vorhanden bei Selbständigen sowie bei Arbeitslosen.

Nur 6 % der Deutschen haben ein Gefühl der Ablehnung gegenüber der Europäischen Union (EU: 5%).

Auf die Frage nach der persönlichen Bedeutung der Europäischen Union nennt etwas mehr als die Hälfte der Deutschen (54%) den Euro. Wie in Deutschland ist dies in den meisten Euro-Ländern der am häufigsten genannte Aspekt.



Insbesondere in Deutschland wird die Bedeutung der Europäischen Union in der Wahrung des Friedens gesehen. Knapp die Hälfte (46%) nennt diesen Aspekt, nur in Luxemburg ist der Wert noch etwas höher, während er EU-weit nur von einem Drittel der Befragten genannt wird. Für etwa die Hälfte der Deutschen (46%) bedeutet die EU die Freiheit, in allen Mitgliedsstaaten reisen, studieren und arbeiten zu können. Für jeweils ein Drittel der Deutschen bedeutet die EU mehr Mitsprache im Weltgeschehen und kulturelle Vielfalt. Wirtschaftliche Aspekte wie Wohlstand und soziale Absicherung verbinden mit der EU nur 21% bzw. 13% der Deutschen.

Hingegen verbinden auf der Negativseite ebenfalls 21% mit der EU Arbeitslosigkeit. Im negativen Bereich dominiert die Assoziation von Bürokratie mit einem Anteil von 32%, Geldverschwendung vermuten 28%. Der Bevölkerungsanteil, der mit der EU höhere Kriminalität verbindet, ist in Deutschland mit 29% etwa doppelt so hoch, wie in der EU insgesamt. Etwa genauso viele Deutsche halten die Grenzkontrollen für nicht ausreichend.

Einen Verlust der kulturellen Identität befürchtet nur weniger als jeder Zehnte Deutsche (8%).

Generell gilt, dass die positiven Assoziationen (z.B. Frieden, wirtschaftlicher Wohlstand, Freizügigkeit) unter höher Gebildeten stärker verbreitet sind, während negative (z.B. Geldverschwendung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität) eher bei kürzerer Ausbildung auftreten.

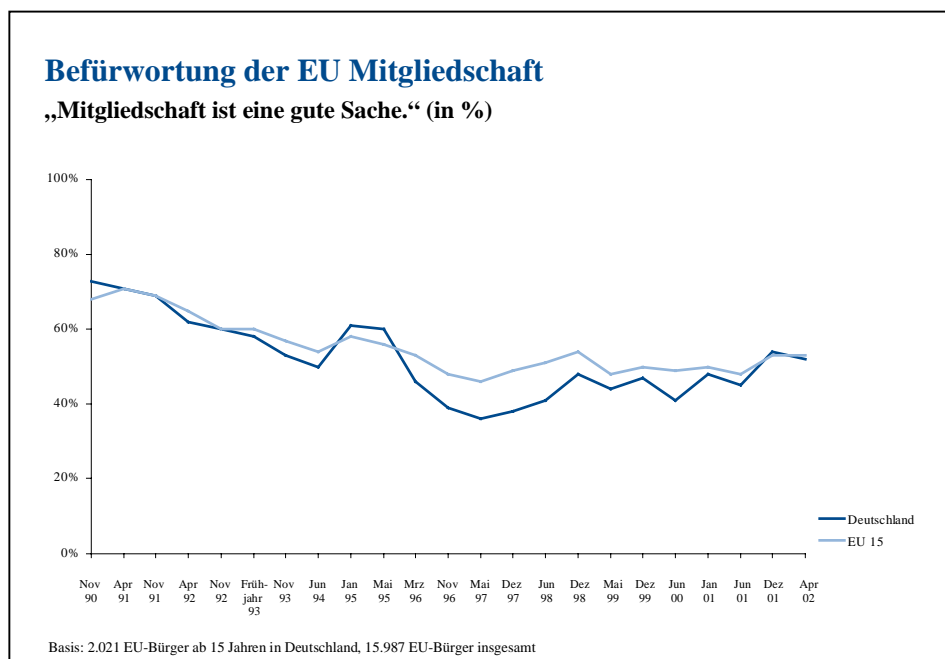
Ein Scheitern der Europäischen Union würde etwas mehr als ein Drittel der Deutschen (37%) sehr bedauern, damit liegt dieser Wert leicht über dem EU-Gesamtwert (34%). Gegenüber der letzten Erhebung im Juni 2001 hat sich dieser Wert um 7 Prozentpunkte deutlich erhöht. In Westdeutschland ist der Anteil deutlich höher als in Ostdeutschland, wo der Wert mit 30% unter dem EU-Wert liegt.

Sowohl in Deutschland als auch EU-weit wäre jedoch ein Scheitern der EU einem größeren Bevölkerungsanteil gleichgültig (ca. 40%). Allerdings wäre nur eine Minderheit von ca. 10% der Deutschen sehr erleichtert.

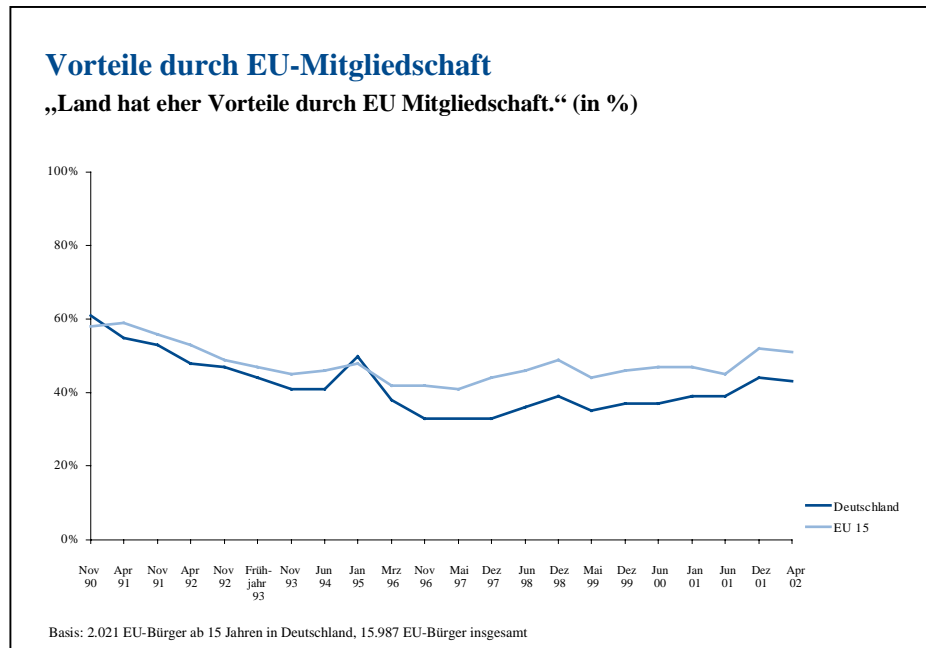
Auch das Bedauern eines Scheiterns der Union variiert stärker mit dem Bildungsstand (und damit zusammenhängenden Merkmalen wie Beruf oder Einkommen) als mit anderen soziodemografischen Merkmalen. Je umfassender die Ausbildung, um so eher würde das Scheitern bedauert werden.

5.3 Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft

Die Mehrheit der Deutschen (52%) hält die deutsche EU-Mitgliedschaft ganz allgemein für eine gute Sache, weniger als 10% finden sie schlecht, 30% weder gut noch schlecht. Hatten die Deutschen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes seit 1996 schlechter eingeschätzt als die EU-Bevölkerung insgesamt, so entspricht die Einschätzung nun wieder der Meinung der EU-Bürger insgesamt.



Fragt man jedoch etwas spezifischer, ob Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile hat, so ist dies nur für 43% der Deutschen der Fall, während EU-weit die Hälfte der Bürger Vorteile für ihr Land sieht. Somit schätzen die Deutschen den Nutzen der EU-Mitgliedschaft etwas skeptischer ein als die EU-Bürger insgesamt. Diese skeptische Haltung ist seit 1991 zu beobachten und verläuft in der Entwicklung – mit Ausnahme eines positiven Ausschlags 1995 – weitgehend parallel zur EU insgesamt.



Ein Drittel der Deutschen meinen, dass Deutschland keine Vorteile durch die Mitgliedschaft hat, in der EU ist es nur ein Viertel. Etwa ein Viertel der Deutschen (24%) wie der EU-Bürger (25%) insgesamt traut sich kein Urteil zu.

Als überwiegend vorteilhaft für sich persönlich sehen sowohl in Deutschland als auch EU-weit jeweils knapp 30% der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft ihres Landes, ausgewogen im Bezug auf Vor- und Nachteile ist sie für jeweils rund 40%. Persönliche Nachteile überwiegen nur für 17% der Deutschen und für 14% der EU-Bürger.

Die Bevölkerungsanteile, die der deutschen Mitgliedschaft positiv gegenüberstehen und die darin Vorteile für Deutschland sehen, entsprechen knapp denjenigen der letzten Befragung im Dezember 2001. Erwartungsgemäß werden die deutsche Mitgliedschaft und die Auswirkungen auf Deutschland wie auf die eigene Person um so positiver eingeschätzt, je höher der Bildungsstand ist.

5.4 Einschätzung der EU-Institutionen

Die Bedeutung europäischer Institutionen wird in Deutschland etwas anders eingeschätzt als in den meisten anderen Mitgliedsstaaten bzw. in der EU insgesamt.

Während in Deutschland die Europäische Zentralbank, das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof als die drei wichtigsten Institutionen eingeschätzt werden, sind es EU-weit das Parlament (mit Abstand) vor der Europäischen Kommission und der EZB.

Einschätzung der Bedeutung von EU-Institutionen („wichtige Rolle“; Mehrfachnennungen in %)		
	Deutschland (Total)	EU 15
Die Europäische Zentralbank	74,5	67,4
Das Europäische Parlament	72,2	75,4
Der Europäische Gerichtshof	69,9	64,0
Die Europäische Kommission	62,3	68,3
Der Europäische Rechnungshof	57,9	49,6
Der Ministerrat der Europäischen Union	51,0	59,0
Der Wirtschafts- und Sozialausschuss	35,3	38,9
Der Ausschuss der Regionen	25,7	32,6
Der Europäische Ombudsmann	19,8	35,8
Der Konvent zur Reform der Europäischen Union	19,5	34,6

Umgekehrt wird der Ministerrat der Europäischen Union in Deutschland von einem geringeren Bevölkerungsanteil als wichtig eingestuft als der Europäische Rechnungshof.

Die weiteren Institutionen auf der Liste werden jeweils von weniger als der Hälfte der Bundesbürger als wichtig eingestuft. So hält nur etwas mehr als ein Drittel den Wirtschafts- und Sozialausschuss für wichtig, ein Viertel den Ausschuss der Regionen. Dem Bürgerbeauftragten (Ombudsmann) der Europäischen Union und dem Konvent zur Reform der EU wird jeweils von jedem fünften Deutschen eine wichtige Rolle bescheinigt.

Insgesamt wird die Wichtigkeit aller Institutionen von den Bürgern Deutschlands wie der Europäischen Union gegenüber der vorigen Erhebung des Eurobarometers im Herbst 2001 (EB 56) etwas geringer eingeschätzt.

Fragt man jedoch nach dem Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union, so zeigt sich, dass dies in Deutschland im Vergleich zur Erhebung im Herbst 2001 nahezu unverändert geblieben ist, während es in der EU insgesamt leicht zurückgegangen ist.

Die Unterschiede, die zwischen Deutschland und der gesamten EU im Bezug auf die eingeschätzte Bedeutung der Institutionen zum Ausdruck kommen, finden sich auch in der Frage nach dem Vertrauen wieder.

Vertrauen in EU-Institutionen („eher vertrauen“; Mehrfachnennungen in %)		
	Deutschland (Total)	EU 15
dem Europäischen Gerichtshof	59,5	48,8
der Europäischen Zentralbank	56,2	46,5
dem Europäischen Parlament	54,7	54,1
dem Europäischen Rechnungshof	45,7	36,1
der Europäischen Kommission	41,7	47,4
dem Ministerrat der Europäischen Union	36,4	40,5
dem Wirtschafts- und Sozialausschuss	26,0	27,4
dem Ausschuss der Regionen	23,4	25,3
dem Europäischen Ombudsmann	19,5	28,6
dem Konvent zur Reform der Europäischen Union	16,8	24,6

Deutlich höher als in der EU insgesamt, nämlich um jeweils ca. 10 Prozentpunkte, ist in Deutschland der Anteil derer, die dem Europäischen Gerichtshof, der Zentralbank und dem Rechnungshof vertrauen.

Der Bevölkerungsanteil, der dem Europäischen Parlament vertraut, entspricht in Deutschland dem der gesamten EU. Nur genießt das Parlament EU-weit das höchste Vertrauen unter den betrachteten Institutionen, während in Deutschland dem Gerichtshof und der Zentralbank eher vertraut wird. Das Vertrauen in die EU-Kommission und in den Ministerrat ist in Deutschland etwas geringer als in der EU insgesamt.

Die Einschätzung der Wichtigkeit einer Institution und auch das Vertrauen in diese setzen die Bekanntheit dieser Institution voraus. Daher entspricht die Rangfolge der Institutionen bezüglich der ihnen zugeschriebenen Wichtigkeit und des Vertrauens – in Deutschland wie der EU – im wesentlichen der Rangfolge ihrer Bekanntheit.

Rangfolge der Institutionen nach Bekanntheit, eingeschätzter Bedeutung und Vertrauen						
	Deutschland			EU 15		
	Bek.	Bed.	Vert.	Bek.	Bed.	Vert.
Das Europäische Parlament	1	2	3	1	1	1
Die Europäische Zentralbank	2	1	2	3	3	4
Der Europäische Gerichtshof	3	3	1	4	4	2
Die Europäische Kommission	4	4	5	2	2	3
Der Europäische Rechnungshof	5	5	4	6	6	6
Der Ministerrat der Europäischen Union	6	6	6	5	5	5
Der Wirtschafts- und Sozialausschuss	7	7	7	8	7	8
Der Ausschuss der Regionen	8	8	8	10	10	9
Der Europäische Ombudsmann	9	9	9	7	8	7
Der Konvent zur Reform der Europäischen Union	10	10	10	9	9	10

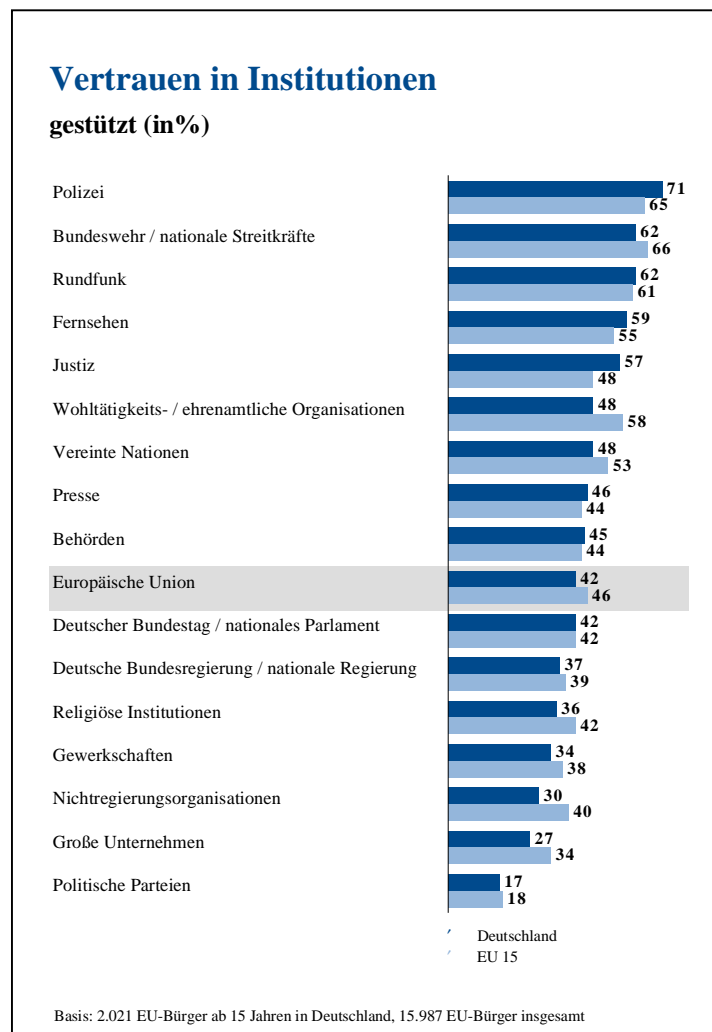
Charakteristisch für Deutschland ist, dass die unabhängigen Institutionen Gerichtshof und Rechnungshof ein, gemessen an ihrer Bekanntheit, ein gewissermaßen „überproportionales“ Vertrauen genießen sowie der Zentralbank darüber hinaus auch eine hohe Bedeutung zugemessen wird. Der Gerichtshof genießt auch EU-weit an der Bekanntheit gemessen ein hohes Vertrauen.

Vergleicht man die Europäische Union mit einer Auswahl nationaler und internationaler politischer und gesellschaftlicher Institutionen hinsichtlich des in sie gesetzten Vertrauens, so nimmt sie in Deutschland Rang 10 unter 17 Organisationen ein (Westdeutschland: Rang 11, Ostdeutschland: Rang 9). EU-weit steht sie auf Rang 8.

Dabei zeigt sich aber, dass das Vertrauen in die EU in Deutschland und der Europäischen Union größer ist als in die jeweilige nationale Regierung.

So gibt in Deutschland ein ebenso großer Anteil (42%) an, der EU zu vertrauen wie dem eigenen Parlament, im Bezug auf die EU insgesamt ist das Vertrauen in die Europäische Union (46%) sogar größer als in das jeweilige nationale Parlament (42%). Darüber hinaus schneidet die EU in Ostdeutschland mit 41% besser ab als der Deutsche Bundestag (35%).

Stärkeren Einfluss als im Falle des Bundestages und der Bundesregierung hat der Bildungsstand im Bezug auf das Vertrauen in supranationale Organisationen. Der Anteil, der Vertrauen in die Europäische Union (wie auch in die Vereinten Nationen) hat, ist um so größer, je umfassender die Ausbildung war.

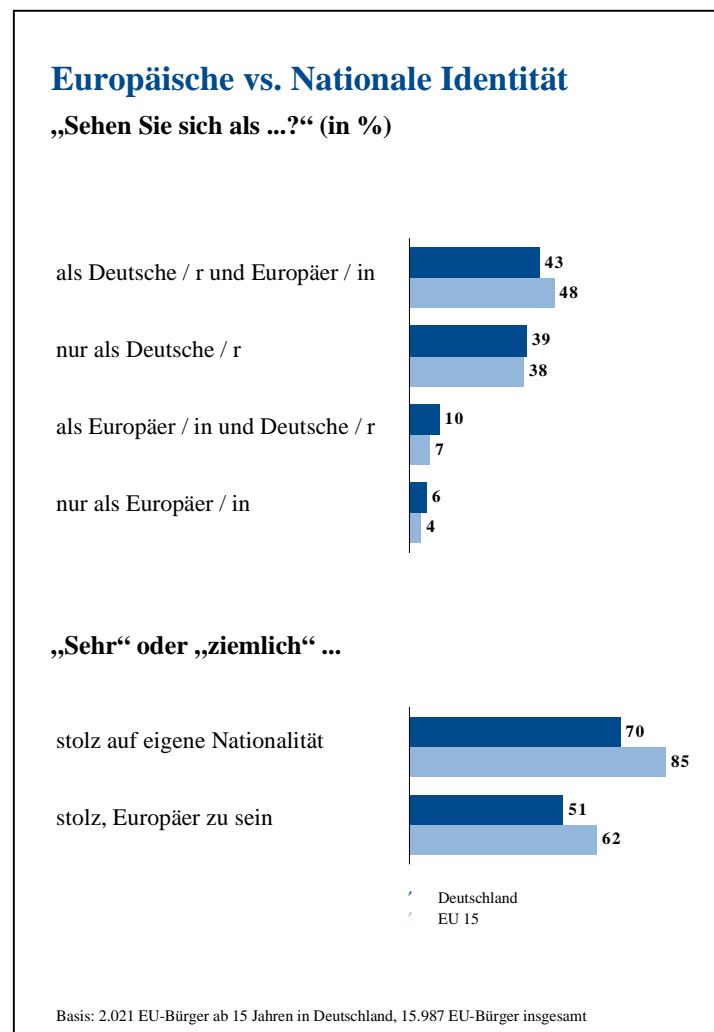


Die Institution, die das größte Vertrauen der Bevölkerung genießt, ist in Deutschland die Polizei, in der Gesamt-EU sind es die Streitkräfte des jeweiligen Landes. In Deutschland ist das Vertrauen in diese beiden Institutionen unter Älteren höher.

Größeres Vertrauen als in die EU setzt man in Deutschland wie in der EU in Rundfunk und Fernsehen, Wohltätigkeitsorganisationen, die Justiz und in die Vereinten Nationen. Das geringste Vertrauen genießen Großunternehmen und politische Parteien.

5.5 Europäische vs. Nationale Identität

In Deutschland sieht sich eine knappe relative Mehrheit (43%) sowohl als Deutsche(r) wie auch als Europäer(in), in Ostdeutschland überwiegt knapp die nationale Identität (44%). Dieses Ergebnis entspricht sowohl dem der Europäischen Union insgesamt als auch dem der letzten Erhebung in Deutschland im Dezember 2001. In erster Linie oder gar ausschließlich als Europäer fühlen sich nur wenige Deutsche (6%).



Unter allen EU-Staaten ist der Nationalstolz in Deutschland am wenigsten verbreitet. Die Bevölkerungsanteile, die auf ihre jeweilige Nationalität sehr oder ziemlich stolz sind, betragen zwischen 70% in Deutschland und 97% in Griechenland und Irland. Der Nationalstolz nimmt in Deutschland mit höherem Bildungsniveau ab.

Zwar ist auch der Stolz Europäer zu sein in Deutschland im EU-Vergleich gering. Aber immerhin noch die Hälfte der Deutschen (51%) sind darauf sehr oder ziemlich stolz, nur im Vereinigten Königreich ist der Anteil geringer. Insgesamt ist aber auch der Stolz Europäer zu sein, in allen EU-Ländern weniger weit verbreitet als der Stolz auf die eigene Nationalität.

5.6 Zusammenfassung

- Das Bild der Europäischen Union aus Sicht der deutschen Bevölkerung hat sich seit dem Frühjahr 2001 stark verbessert. Eine relative Mehrheit der Deutschen hat nun ein positives EU-Bild.
- Mit der Europäischen Union verbinden die Bürger derzeit mehrheitlich den Euro, darüber hinaus werden von großen Bevölkerungsanteilen mit der EU Freizügigkeit und Frieden in Europa verbunden.
- Die deutsche EU-Mitgliedschaft wird ebenfalls positiv gesehen, eine relative Mehrheit der Deutschen sieht darin überwiegend Vorteile für Deutschland.
- In Deutschland ist das Vertrauen in die EU ebenso hoch wie in den Deutschen Bundestag und höher noch als in die Bundesregierung. Im EU-Durchschnitt genießt die EU sogar höheres Vertrauen als das jeweilige nationale Parlament.
- Relativ hohe Bedeutung und auch Vertrauenswürdigkeit besitzen unabhängige Institutionen wie der Europäische Gerichtshof, die Zentralbank und der Rechnungshof.
- In Deutschland wie auch in der EU insgesamt ist das Vertrauen in das politische System relativ gering. Das höchste Vertrauen genießen Polizei und Streitkräfte. Die Europäische Union rangiert im Mittelfeld hinter den Medien, der Justiz, den Vereinten Nationen und ehrenamtlichen Organisationen.
- Aus Sicht der Deutschen spielt das „institutionelle Dreieck“ (Parlament, Kommission und Ministerrat) der Europäischen Union eine weniger wichtige Rolle als aus der Sicht der EU-Bürger insgesamt.
- Negative Assoziationen wie Bürokratie, Geldverschwendung, Kriminalität oder Arbeitslosigkeit gibt es bei einem Viertel bis einem Drittel der Deutschen. Diese überwiegen gegenüber positiven wirtschaftlichen Aspekten wie Wohlstand und sozialer Absicherung.
- Die wichtigste Einflussgröße für die Einstellung zur EU ist die Dauer der Ausbildung. Personen mit längerer Ausbildungsdauer und damit vermutlich umfassenderer Allgemeinbildung und politischer Bildung sind gegenüber der EU im Allgemeinen und auch in einer Vielzahl von Einzelaspekten positiver eingestellt.

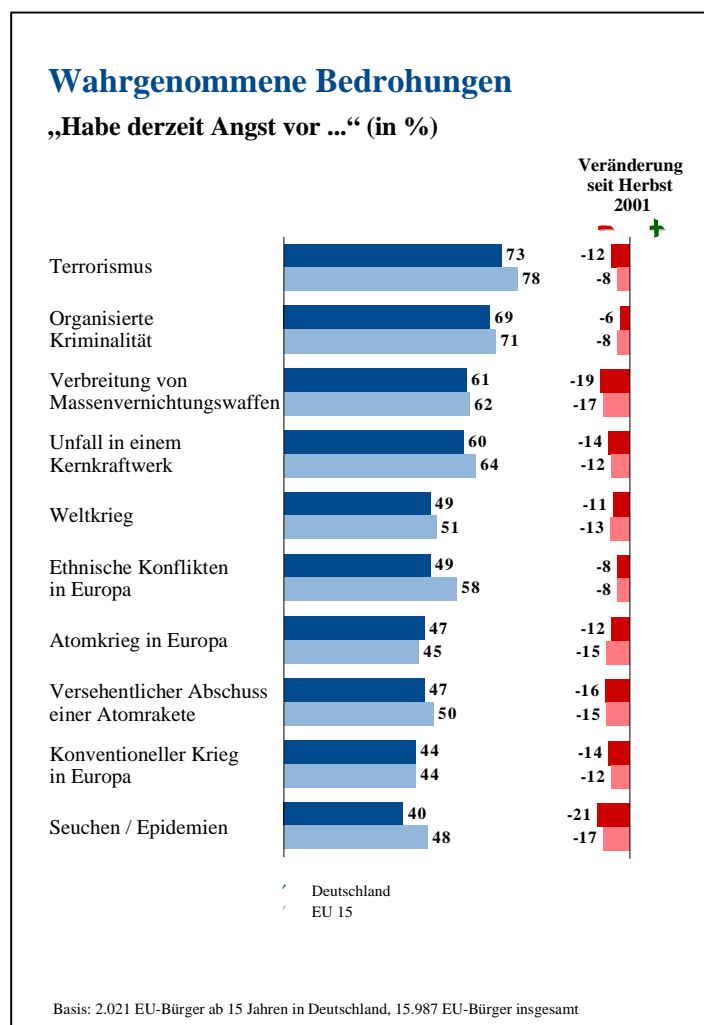
6 AUFGABEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND UNTERSTÜTZUNG DER EU-POLITIK

6.1 Relevante Politikfelder

6.1.1 Allgemeine Befürchtungen

Ziele der Europäischen Union sind unter anderem die Sicherung bzw. ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Bürger sowie die Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa. Daraus folgt die Verpflichtung, aktuellen Bedrohungen entgegenzuwirken.

Das Gefühl der Bedrohung ist im Vergleich zur vorigen Befragung im Herbst 2001 (EB 56) in allen abgefragten Bereichen deutlich zurückgegangen. Damals war aufgrund der Ereignisse des 11. September ein starker Anstieg des Bedrohungsgefühls gegenüber dem Jahr 2000 gemessen worden.



Die Ängste der Menschen in Deutschland und der Europäischen Union betreffen wie 2001 weiterhin vor allem Terrorismus und organisierte Kriminalität. Jeweils über zwei Drittel der Bevölkerung sehen hierin eine persönliche Bedrohung. Je älter die Menschen sind, desto häufiger ist das Gefühl der Bedrohung durch Terrorismus und organisiertes Verbrechen. Während Terrorismus bei höherem Bildungsstand etwas weniger oft als persönliche Bedrohung empfunden wird, ist die Furcht vor organisierter Kriminalität unabhängig von der Ausbildungsdauer.

Rund 60% fürchten die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ebenso viele Menschen haben Angst vor einem Unfall in einem Kernkraftwerk. Diese Bedrohungen werden um so häufiger genannt, je umfassender die Ausbildung war.

Etwa die Hälfte der Deutschen wie auch der EU-Bürger insgesamt haben Angst vor einem weiteren Weltkrieg. Ebenfalls die Hälfte der Deutschen fürchtet ethnische Konflikte in Europa, EU-weit sind es sogar 60%. Etwas geringer ist der Anteil, der einen atomaren (D: 47%, EU: 45%) oder konventionellen Krieg in Europa (jeweils 44%) oder auch den versehentlichen Abschuss einer Atomrakete fürchtet (D: 44%, EU: 50%).

Der Anteil der Deutschen, der Angst vor kriegesischen Auseinandersetzungen hat, nimmt bis zur Altersgruppe 40-54 Jahre mit dem Alter zu und geht bei den über 55-jährigen, der Altersgruppe, in der noch persönliche Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg lebendig sind, wieder leicht zurück. Eine Ausnahme sind ethnische Konflikte, die in der Altersgruppe ab 55 Jahren am häufigsten gefürchtet werden. Während die Kriegsfurcht zumeist unter Personen mit mittlerer Ausbildungsdauer (Abschluss im Alter von 16 – 19 Jahren) am größten ist, werden ethnische Konflikte deutlich häufiger von Personen mit längerer Ausbildung befürchtet.

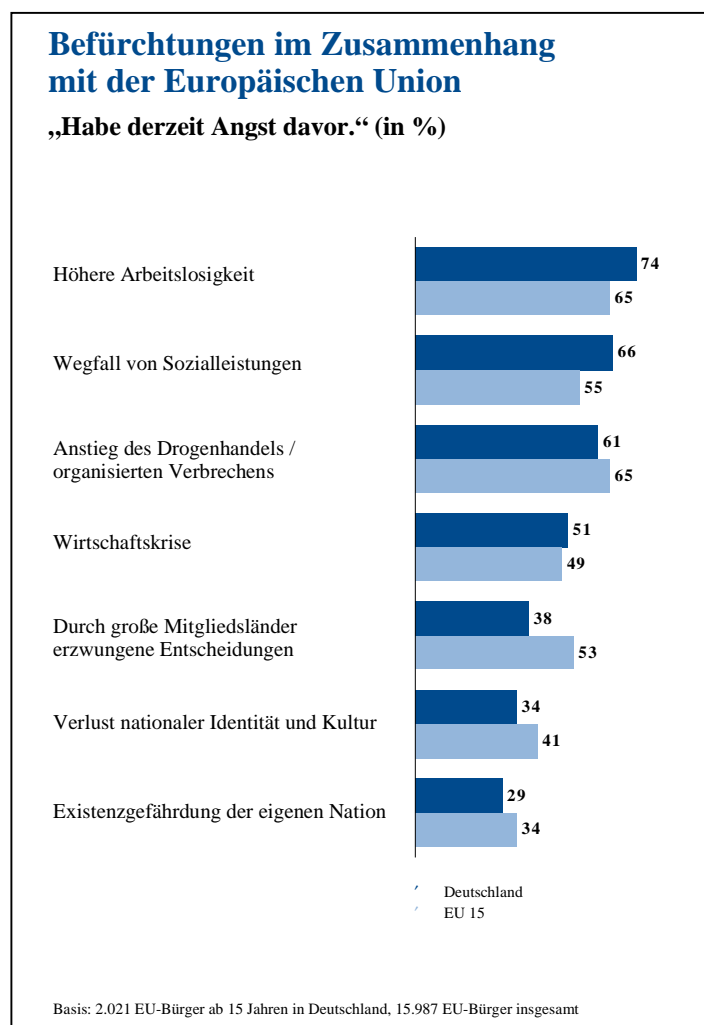
Mit 40% ist die Angst vor Epidemien gegenüber den anderen genannten Gefahren in Deutschland weniger verbreitet als EU-weit (48%). Epidemien werden wiederum um so seltener befürchtet, je umfassender die Ausbildung war.

Bei allen potenziellen Bedrohungen ist erfreulicherweise die Altersgruppe der 15-24-jährigen relativ am wenigsten von Ängsten belastet.

6.1.2 Befürchtungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union

Nur eine Minderheit der Deutschen befürchtet, dass durch den Bau der Europäischen Union die Existenz der eigenen Nation gefährdet sein könnte (D: 29%, EU: 34%), nationale Identität und Kultur verloren gehen könnten (D: 34%, EU: 41%) oder dass durch große Mitgliedsländer Entscheidungen erzwungen werden könnten (D: 38%, EU: 53%). Hier sind die Befürchtungen auch deutlich geringer als in den anderen Mitgliedsländern.

Umgekehrt sind unter den Deutschen die Befürchtungen, dass Sozialleistungen im Zuge der Einigung abgebaut werden könnten (D: 66%, EU: 55%), oder es zu höherer Arbeitslosigkeit kommen könnte (D: 74%, EU: 65%), verbreiteter als in den anderen Ländern.



Im Einzelnen zeigt sich, dass die Angst vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur eher bei älteren Bürgern vorhanden ist, während eine umfassendere Ausbildung diesen Befürchtungen entgegenwirkt.

Der im Vergleich zu der Frage nach der persönlichen Bedeutung der EU größere Anteil derjenigen, die einen Verlust nationaler Identität befürchten (vgl. Punkt 5.2) ist vermutlich dadurch zu erklären, dass diese erste Frage eher auf den Status quo bezogen wird, während sie hier in Zusammenhang mit dem (weiteren) Bau der Europäischen Union gestellt wird und explizit Befürchtungen anspricht.

Die Befürchtung, dass Entscheidungen der Europäischen Union von den großen Mitgliedsländern erzwungen werden, ist besonders stark in den skandinavischen Mitgliedsstaaten Schweden (74%), Finnland (73%) und Dänemark (66%), aber auch in den Niederlanden (67%) und Griechenland (65%).

Die Angst vor einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Wegfall von Sozialleistungen, ist in Ostdeutschland deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Angst vor höherer Arbeitslosigkeit haben vor allem Personen mit mittlerem Ausbildungsniveau (Alter bei Abschluss 16 - 19 Jahre). Die Befürchtung, dass die Arbeitslosigkeit ansteigt, nimmt bis zur Altersgruppe 40 – 54 Jahre zu, in der Altersgruppe ab 55 nimmt sie wieder etwas ab. Vor allem Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung bereits arbeitslos sind, befürchten eine weitere Verschlechterung der Situation durch die Erweiterung der Europäischen Union, aber auch einfache Angestellte und gewerbliche Arbeitskräfte haben Angst vor steigender Arbeitslosigkeit. Die soziodemografische Struktur derer, die den Wegfall von Sozialleistungen befürchten, ist ähnlich, nur dass hiervon auch die älteren (ab 55 Jahren) betroffen sind.

Jeweils über 60% in Deutschland und der EU fürchten einen Anstieg des Drogenhandels und international organisierter Kriminalität. Diese Bedrohung wird mit steigendem Alter in stärkerem Maße empfunden, während sie bei umfassenderer Ausbildung relativ weniger verbreitet ist.

Die Hälfte der Deutschen wie auch der EU-Bürger haben im Zusammenhang mit dem Bau der Europäischen Union Angst vor einer Wirtschaftskrise. Eine ökonomische Krise wird von den Altersgruppen ab 25 Jahre gleichermaßen häufiger befürchtet als von den 15 – 24jährigen und nur von der Gruppe mit der umfassendsten Ausbildung (Alter bei Abschluss 20 Jahre oder älter) etwas weniger häufig, als bei kurzer oder mittlerer Ausbildungsdauer.

Im Vergleich zur letzten Erhebung im Mai 2001 deutet sich eine erhebliche Zunahme der Befürchtung wirtschaftlicher Nachteile bei einer Erweiterung der Europäischen Union an. (z.B. höhere Arbeitslosigkeit, Wegfall von Sozialleistungen, Wirtschaftskrise in Deutschland jeweils rund 20 Prozentpunkte). Als Tendenz ist dieses in jedem Falle ernst zu nehmen. Da jedoch die Anzahl der Vorgaben, die den Befragten als Liste vorgelegt wurden, gegenüber der Befragung im Mai 2001 deutlich reduziert wurde, kann das höhere Niveau zumindest teilweise auch darauf zurückzuführen sein. Wegen dieses Instrumenteneffekts sind die Erhebungen jedoch nicht direkt vergleichbar, so dass wir an dieser Stelle auf eine Darstellung des Trends verzichten.

6.2 Durch die EU vorrangig zu lösende Aufgaben

Die Prioritätenliste der Deutschen wie auch der EU-Bürger ist seit der Befragung im Herbst 2001 weitgehend gleich geblieben. Ganz oben steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dann innere und äußere Sicherheit, soziale Sicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und der politischen Mitsprache.

Die Bevölkerungsanteile, die der jeweiligen Maßnahme Priorität einräumen, sind mit wenigen Ausnahmen unverändert. Leicht rückläufig ist die Anzahl der Deutschen, die in der Sicherung der Grundrechte und der demokratischen Prinzipien, in der Bürgernähe durch mehr Information sowie dem Umweltschutz vorrangige Aufgaben der Europäischen Union sehen. Dennoch werden diese Themen nach wie vor von einer breiten Bevölkerungsmehrheit als Prioritäten eingestuft.



In Deutschland wie EU-weit sehen 90% der Bürger im Kampf gegen Arbeitslosigkeit eine Aufgabe, die durch die Europäische Union vorrangig zu behandeln ist.

Etwa ebenso hohe Priorität haben die Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa sowie der Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität. Auch der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird in Deutschland wie in der EU insgesamt als eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union betrachtet.

Sicherung der Qualität von Lebensmitteln und anderer Produkte, also Verbraucherschutz, ebenso wie Umweltschutz sollten nach Ansicht von jeweils mehr als drei Vierteln der Deutschen als weitere vorrangige Aufgaben der Europäischen Union behandelt werden. EU-weit sehen sogar mehr als 80% der Bürger diese Aufgaben als vorrangig an.

72% der Deutschen und 80% der EU-Bürger weisen der Europäischen Union die Garantie der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Europa als Aufgabe zu. Jeweils zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass auch die Schaffung von mehr Bürgernähe durch Information zu den vorrangigen Aufgaben der EU zu zählen ist.

Über die Hälfte der Deutschen und 60% der EU-Bürger möchten, dass die Europäische Union die Herausforderungen annimmt, die sich durch eine alternde Bevölkerung ergeben.

Jeweils die Hälfte der Bevölkerung hält eine Reform der Europäischen Institutionen für eine vorrangige Aufgabe. Die Betonung der politischen Bedeutung der Europäischen Union in der Welt sehen ebenfalls etwa die Hälfte der Bürger als vorrangig an.

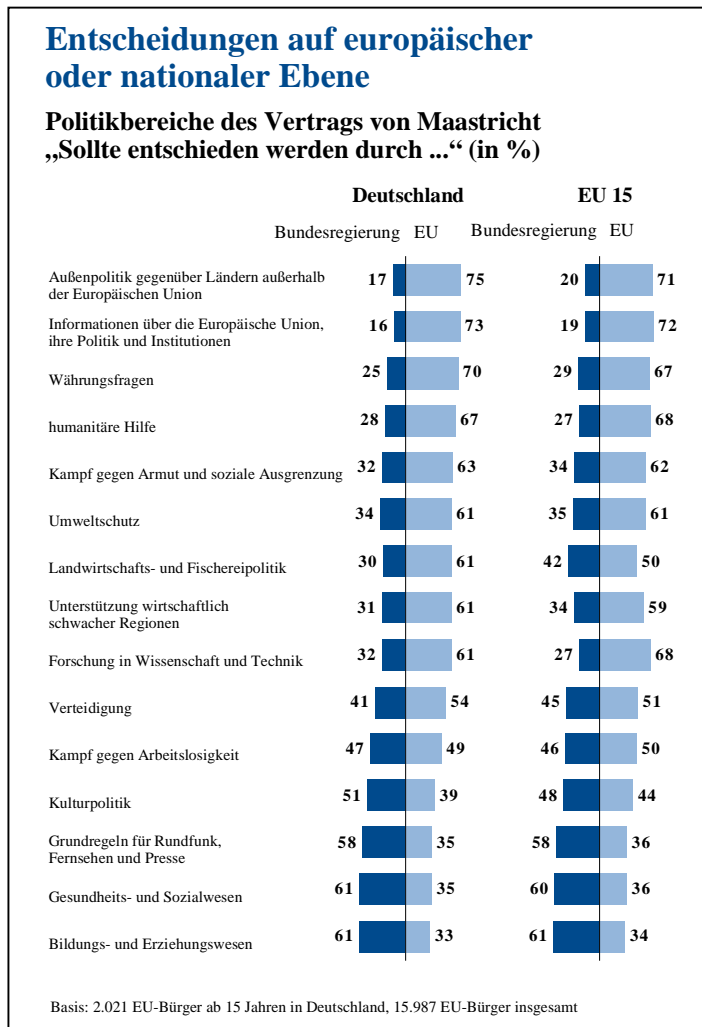
Nur etwa ein Viertel der Deutschen und der EU-Bürger insgesamt meinen dagegen, dass die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union ist.

6.3 Regierungs- und Unionsaufgaben

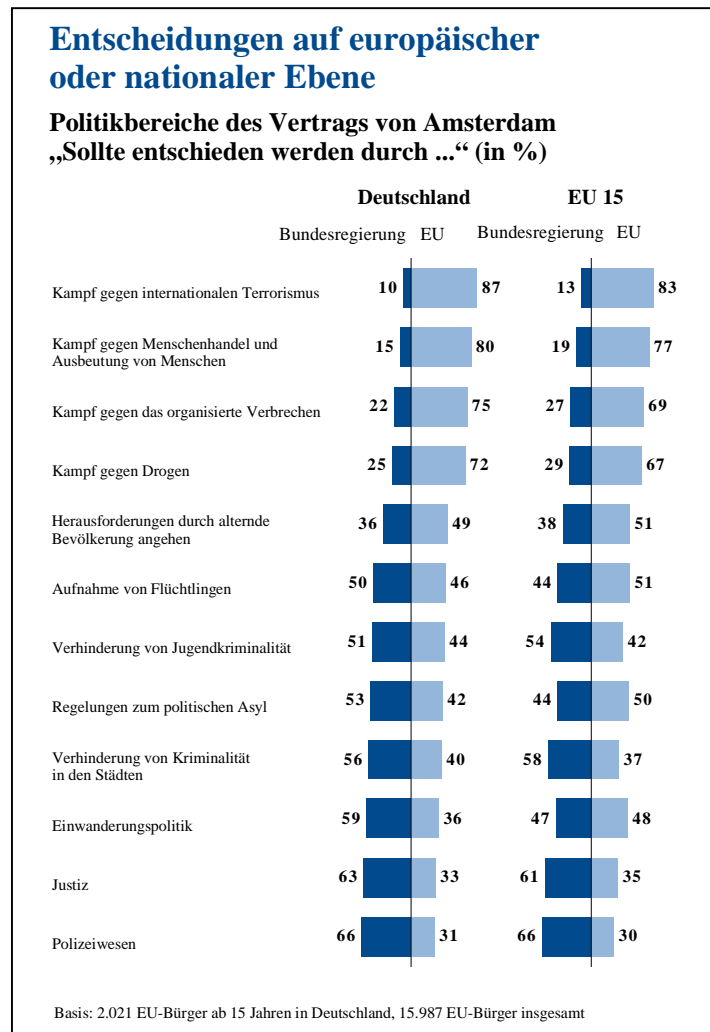
Die Mehrheit der Deutschen (63%) wie auch der EU-Bürger (62%) sieht bei der Europäischen Union die Zuständigkeit für Fragen und Probleme, die durch nationale, regionale oder kommunale Regierungen nicht effektiv gelöst werden können. Das Subsidiaritätsprinzip wird damit deutlich unterstützt.

Im Zuge der Entwicklung der Europäischen Union wurde in verschiedenen Politikbereichen stufenweise die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer und die Harmonisierung der nationalen Vorschriften vertraglich geregelt. So bildete der Vertrag von Maastricht unter anderem den Grundstein für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Freizügigkeit in Europa, während der Vertrag von Amsterdam unter anderem eine weitergehende Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz vorsieht. Betrachtet man die einzelnen Politikbereiche der Verträge von Maastricht und Amsterdam (die getrennt abgefragt werden) daraufhin, ob die Entscheidungen nach Auffassung der Bürger durch die Europäische Union oder die jeweilige nationale Regierung getroffen werden sollten, so zeigen sich im Vergleich zur letzten Erhebung im Herbst 2001 keine oder nur geringe Veränderungen zu Ungunsten einer gemeinsamen Beschlussfassung durch die EU. Der Rückgang ist jedoch in keinem Fall so stark, dass die Mehrheit umschlägt, also eine Aufgabe mehrheitlich wieder der jeweils anderen Instanz zugewiesen wird.

So sind drei Viertel der Deutschen und fast ebenso viele EU-Bürger der Meinung, dass über Außenpolitik, soweit sie Länder außerhalb der Europäischen Union betrifft, die Mitgliedsstaaten gemeinsam entscheiden sollten. Eindeutig als Gemeinschaftsaufgabe wird auch die Information über die Politik und die Institutionen der Europäischen Union sowie die Regelung von Währungsfragen gesehen.



Noch höher ist der Anteil, der im Kampf gegen Terrorismus und Menschenhandel ein gemeinsames Handeln der EU gegenüber alleinigen Entscheidungen der Bundesregierung bzw. der jeweiligen nationalen Regierung befürwortet. Ein gemeinsames Vorgehen wird ebenfalls im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und gegen Drogen von einer deutlichen Mehrheit bevorzugt.



Weitere Bereiche, in denen nach mehrheitlicher Meinung der Deutschen Entscheidungen durch die Europäische Union gemeinsam getroffen werden sollten, sind:

- Humanitäre Hilfe
- Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- Umweltschutz
- Landwirtschaft und Fischerei
- Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen
- Forschung
- Verteidigung
- die Herausforderungen durch eine alternde Bevölkerung

Betreffend den Kampf gegen Arbeitslosigkeit halten sich die Meinungen in etwa die Waage: Jeweils knapp die Hälfte der Deutschen sehen darin eine nationale bzw. eine gemeinschaftliche Zuständigkeit.

Mehrheitlich für eine Entscheidungskompetenz der Bundesregierung sind die Deutschen bezüglich der Kulturpolitik, der Festlegung von Grundregeln für Rundfunk, Presse und Fernsehen, des Gesundheits- und Sozialwesens sowie in Fragen von Bildung und Erziehung.

Weitere Politikfelder, in denen die Mehrheit der Deutschen eine Regelung durch die Bundesregierung befürwortet, sind:

- Aufnahme von Flüchtlingen, Regelungen zum politischen Asyl und Einwanderungspolitik
- Verhinderung von Jugendkriminalität und von Kriminalität in den Städten
- Justiz und Polizeiwesen

6.4 Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union findet in Deutschland wie auch in der EU insgesamt breite Unterstützung. In Deutschland sind etwas mehr als drei Viertel der Bürger (79%) für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, genau drei Viertel für eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Damit ist die Unterstützung in Deutschland etwas stärker als in der Europäischen Union insgesamt. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird um so stärker unterstützt, je umfassender die Ausbildung ist.

6.5 Zusammenfassung

- Gegenüber der vorigen Befragung im Herbst 2001 (EB56) ist das Gefühl der Bedrohung im allgemeinen deutlich zurückgegangen.
- Als persönliche Bedrohungen nehmen die Deutschen wie auch die EU-Bürger nach wie vor in erster Linie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Arbeitslosigkeit, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und kriegерische Auseinandersetzungen wahr.
- Als vorrangige Aufgaben der Europäischen Union stufen ihre Bürger demzufolge die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa, die Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein.
- In Deutschland wie auch EU-weit ist die Mehrheit der Bürger der Meinung, dass Entscheidungen auf diesen Gebieten eher auf Europäischer Ebene getroffen werden sollten als allein durch die Bundesregierung bzw. die jeweilige nationale Regierung.
- Weitere Aufgaben, die nach Meinung der Deutschen eher auf europäischer als auf nationaler Ebene zu lösen sind, sind die Information über die EU, Währungsfragen, humanitäre Hilfe, Umweltschutz, Landwirtschafts- und Fischereipolitik, Strukturförderung, Forschungspolitik.
- Auf nationaler Ebene möchten die Deutschen Polizeiwesen und Justiz, Gesundheits- und Sozialwesen, Kulturpolitik nebst Medien und Bildungswesen sowie den Themenkreis Aufnahme von Flüchtlingen, politisches Asyl und Einwanderung geregelt sehen.
- Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Verteidigungspolitik der Europäischen Union findet in Deutschland die Unterstützung einer breiten Mehrheit.

7 DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

7.1 Verlauf der Währungsumstellung

Die Hälfte der Bürger in Deutschland hat die Einführung des Euro für sich selbst als völlig problemlos erlebt, in der Eurozone gilt das nur für 35%. Mehr als ein Drittel der Deutschen glaubt, dass die Einführung im Allgemeinen ohne jegliche Schwierigkeiten für die Bürger verlaufen sei, während in der Eurozone nur jeder fünfte dieser Auffassung ist.

Vor allem die Einführung des Euro-Bargelds sei sehr gut oder ziemlich gut gelaufen, meinen 8 von 10 Bürgern in Deutschland wie in der Eurozone.

7.2 Einstellung zur Währungsunion nach Einführung des Euro

Zwei Drittel der Deutschen wie auch der EU-Bürger sind grundsätzlich für die Währungsunion. Damit hat sich die prinzipielle Zustimmung zur Währungsunion nach Einführung des Euro gegenüber Dezember 2001 in Deutschland um 7, in der EU insgesamt um 6 Prozentpunkte erhöht.

Auch die Einstellung gegenüber dem Euro als gemeinsamer Währung hat sich positiv entwickelt. Der Anteil derjenigen, die die Einführung des Euro für eine (sehr oder ziemlich) gute Sache halten, ist in Deutschland von 30% auf 43%, in der Eurozone insgesamt von 46% auf 53% gestiegen. Somit überwiegt nun auch in Deutschland die positive Einstellung, denn knapp 30% stehen der Einführung des Euro neutral gegenüber, während ein Viertel die Einführung des Euro für eine schlechte Sache hält.

Letztlich ist die absolute Mehrheit der Deutschen (55%) alles in allem sehr oder ziemlich zufrieden, dass der Euro als Währung eingeführt wurde. In der Gesamtheit der Euroländer äußern 60% Zufriedenheit mit der Einführung.

7.3 Alltäglicher Umgang mit dem Euro

Die Mehrheit der Deutschen (55%) fühlt sich beim Gebrauch des Euro sehr oder ziemlich wohl. Im Vergleich zur Befragung im Herbst 2001 ist das eine Steigerung um 13 Prozentpunkte, somit erweist sich der praktische Umgang problemloser als erwartet. EU-weit sind es sogar 63% gegenüber 47% im Herbst 2001, die sich beim Gebrauch des Euro wohlfühlen.

Etwas mehr als zwei Drittel der Deutschen wie auch der EU-Bürger rechnen Euro-Preise in ihre alte Währung um. Bei rund 80% geschieht dies in der Regel (immer oder häufig) im Kopf. Auf die gesamte Euro-Zone bezogen geben immerhin 25% an, dazu immer oder häufig auch einen Taschenrechner zu benutzen.

7.4 Preisniveau nach Einführung des Euro: Euro=Teuro?

Der Glaube, dass die Euro-Umstellung vom Handel und anderen Branchen zu Preiserhöhungen genutzt wurde, ist weit verbreitet, obwohl Preiserhöhungen vor allem von Vertretern des Einzelhandels vehement bestritten werden.

Drei Viertel der Deutschen sind der Meinung, dass die Preise bei der Einführung des Euro in allen Bereichen generell aufgerundet wurden, in der Eurozone sind knapp unter 70% dieser Meinung. Dafür ist dort ein größerer Bevölkerungsanteil als in Deutschland der Meinung, die Preise seien nur in einigen Bereichen generell aufgerundet worden (EU 15%, D 11%). Somit unterscheiden sich die Deutschen in ihrer Auffassung im Bezug auf eine Erhöhung des Preisniveaus nicht wesentlich von der Gesamtheit der Euro-Bürger.

Auch in den Bereichen, in denen die Bürger am ehesten Preiserhöhungen wahrnehmen, unterscheidet sich Deutschland nicht von der Eurozone insgesamt. An der Spitze stehen jeweils die Gastronomie und die persönlichen Dienstleistungen. Hier haben jeweils 80-90% der Deutschen wie auch der Bürger der Eurozone das Gefühl, die Preise seien immer oder häufig aufgerundet worden. Etwa drei Viertel der Bürger nehmen Rundungen nach oben bei kleineren Lebensmittel- und sonstigen Geschäften wahr, gut zwei Drittel bei Supermärkten.

Freizeiteinrichtungen haben nach Meinung von etwas weniger als zwei Dritteln der Bürger die Preise erhöht. Preiserhöhungen im Öffentlichen Verkehr und bei Banken werden von rund der Hälfte der Bürger und damit noch relativ am seltensten wahrgenommen.

7.5 Euro und Europäisches Bewusstsein

In Deutschland gibt erst ein Viertel der Bevölkerung an, am Euro zu hängen, während es in der Eurozone bereits 40% sind.

In einer separaten Frage nach der Bindung an die alte Währung gefragt, geben noch knapp die Hälfte der Deutschen an, an der D-Mark zu hängen (48%). Jedoch ist auch der Anteil, der an der alten nationalen Währung hängt, geringer als in der Eurozone (59%).

So ist der Euro in Deutschland auch weniger dazu angetan, ein Europäisches Gefühl zu befördern. Während in Deutschland 37% der Aussage zustimmen, dass man sich durch den Gebrauch des Euro europäischer fühle als vorher, sind es in der Eurozone insgesamt 48% der Bürger. Der Anteil, der dieser Aussage widerspricht, beträgt in Deutschland wie in der Eurozone gleichermaßen 25%. Dagegen meint in Deutschland ein größerer Anteil als in der Eurozone, dass der Euro nichts damit zu tun habe, wie europäisch man sich fühlt.

7.6 Zusammenfassung

- Die Währungsumstellung ist aus Sicht der Deutschen gut gelaufen. Der Bevölkerungsanteil in Deutschland, der die Umstellung als problemlos erlebt hat, ist größer als in der Eurozone insgesamt.
- Die Mehrheit der Deutschen ist grundsätzlich für die Europäische Währungsunion.
- Die Einstellung der Deutschen gegenüber dem Euro hat sich nach dessen Einführung positiv entwickelt. Der Bevölkerungsanteil, der die Einführung des Euro für eine gute Sache hält, ist von 30% auf 43% und damit zu einer relativen Mehrheit angewachsen. Die absolute Mehrheit der Deutschen (55%) fühlt sich beim Umgang mit dem Euro wohl.
- Die Auswirkung der Währungsumstellung auf das Preisniveau wird in Deutschland vergleichbar zu den Ländern der Eurozone insgesamt wahrgenommen.
- Die große Mehrheit der Bürger in Deutschland und der Eurozone nimmt Preiserhöhungen durch Aufrundung wahr, am häufigsten in der Gastronomie den persönlichen Dienstleistungen und dem Handel.
- Die Verbundenheit mit dem Euro ist in Deutschland geringer als in der Eurozone insgesamt. Allerdings ist die Verbundenheit mit der D-Mark in Deutschland ebenfalls geringer als die durchschnittliche Verbundenheit mit der alten Landeswährung in der Eurozone insgesamt.
- So fühlen sich die Deutschen auch zu einem geringeren Anteil durch den Gebrauch des Euro europäischer als die Bürger der Eurozone insgesamt.

8 KENNTNIS DER EUROPÄISCHEN UNION

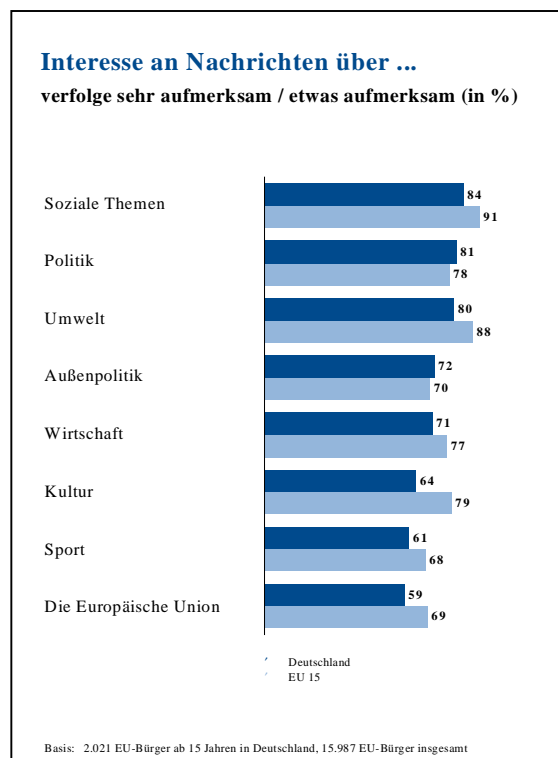
8.1 Subjektiv empfundener Wissensstand

Nach der subjektiven Einschätzung des Kenntnisstands über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen gehören die Deutschen zu den am besten informierten EU-Bürgern. Der Mittelwert von 4,79 auf einer Skala von 1 bis 10 wird nur in Österreich und Dänemark übertroffen. Der Mittelwert für die Europäische Union insgesamt beträgt 4,35.

Das eigene Wissen wird dabei in Westdeutschland etwas höher eingeschätzt als in Ostdeutschland, sowie von Männern höher als von Frauen. Personen im Alter von 40 – 54 Jahren sowie Menschen mit längerer Ausbildung und leitende Angestellte sind weitere, sich überdurchschnittlich gut informiert führende Gruppen.

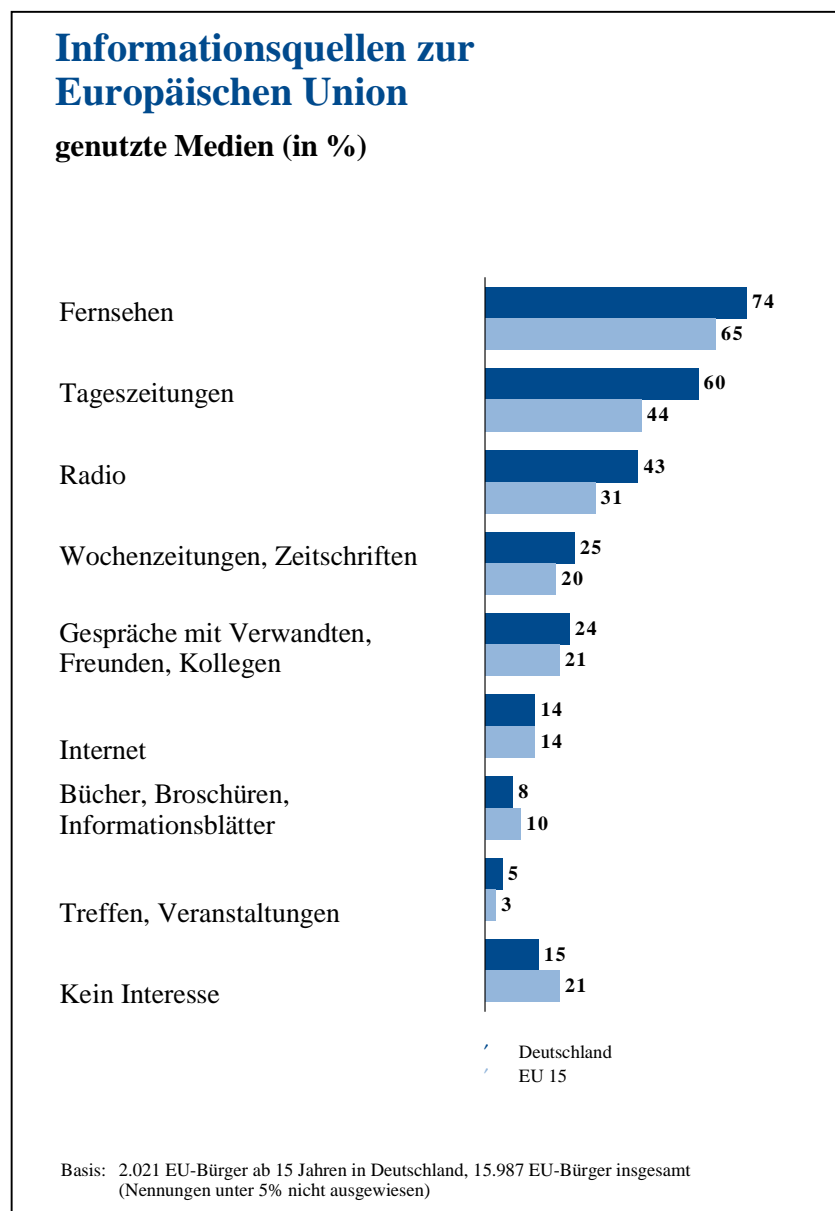
8.2 Informationsverhalten

Nachrichten über die Europäische Union sind im Vergleich zu Themen wie Politik, sozialen Themen, Wirtschaft, Umwelt, Sport und Kultur offenbar von geringerem Interesse, denn sie werden nur von einem kleineren Bevölkerungsanteil aufmerksam verfolgt. Es sind hier wiederum Personen mit höherem Bildungsabschluss, Selbstständige und leitende Angestellte sowie Ältere (55 Jahre und älter), die ein höheres Interesse an Nachrichten über die Europäische Union bekunden.



Die Mehrheit der Deutschen ist an Informationen über die Europäische Union interessiert. Über die Hälfte (59%) geben an, Nachrichten über die EU aufmerksam zu verfolgen. Im EU-Vergleich ist das Interesse der Deutschen dennoch etwas unterdurchschnittlich, denn EU-weit verfolgen 69% der Bürger die Berichterstattung über die EU aufmerksam. Das allgemeine Interesse an politischen Nachrichten (81%) sowie das Interesse an außenpolitischen bzw. internationalen Themen (72%) ist dagegen in Deutschland leicht überdurchschnittlich.

Das Hauptmedium für Informationen zu EU-Themen ist das Fernsehen, genutzt von 74% der Befragten. Eine hohe Bedeutung hat mit einem Nutzeranteil von 60% auch die Tagespresse. Über den Rundfunk informieren sich 43% der Deutschen, ein Viertel (25%) durch Presseerzeugnisse wie Wochenzeitungen oder Zeitschriften. Knapp ein Viertel (24%) gibt an, sich durch Gespräche im sozialen Umfeld über die EU zu informieren.



Im Vergleich zur Europäischen Union insgesamt werden Fernsehen, Rundfunk und Presse in Deutschland jeweils von einem größeren Anteil der Bevölkerung genutzt. Besonders die Tagespresse ist als Informationsmedium in Deutschland von höherer Bedeutung als in den meisten anderen Mitgliedsstaaten. Der Nutzeranteil ist weit überdurchschnittlich (D: 60%, EU: 44%), nur in Luxemburg und Schweden sind die Nutzeranteile etwa ebenso hoch.

Die Nutzung des Internet als Informationsquelle zu EU-Themen entspricht in Deutschland nur dem EU-weiten Durchschnitt von 14%, dieses Medium wird vor allem in den skandinavischen Staaten weitaus häufiger genutzt.

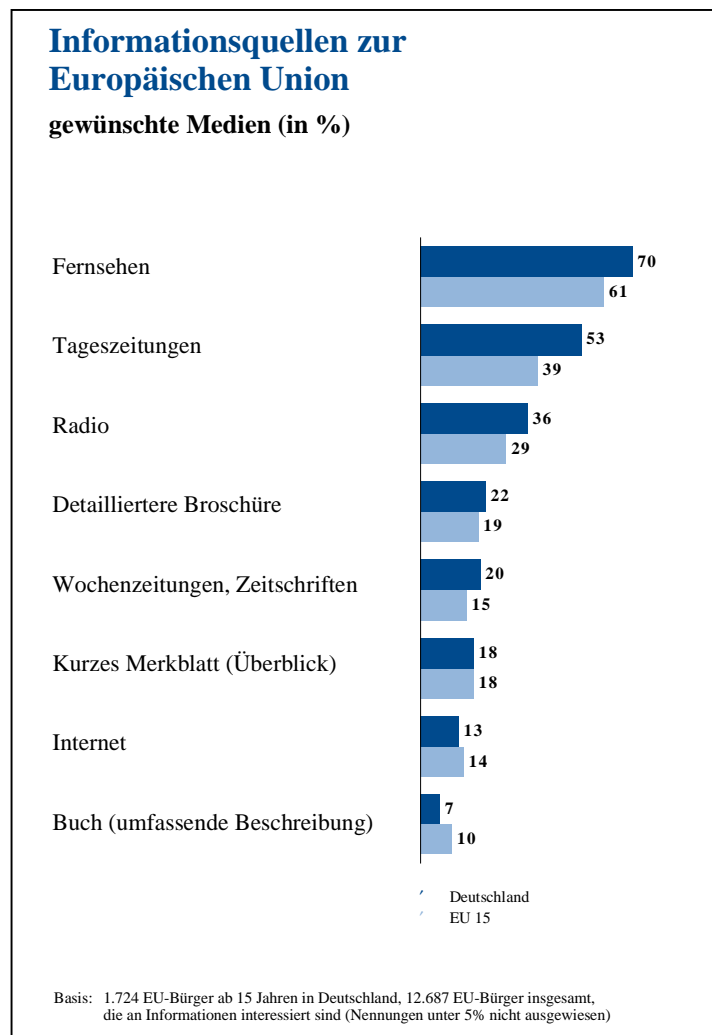
Im Vergleich zu den genannten Medien werden weitere Informationsmöglichkeiten wie Veranstaltungen, schriftliches Informationsmaterial, Angebote der EU, der Bundes- oder Landesregierung und anderer Institutionen und Organisationen deutlich seltener genutzt. Hier gibt es in Deutschland keine augenfälligen Besonderheiten, d.h. überraschende Abweichungen zum EU-Durchschnitt.

Mit nur 15% ist der Anteil derjenigen, die mangels Interesse niemals nach Informationen über die EU suchen, ist in Deutschland geringer als im EU-Durchschnitt (21%).

Gezielte Mediennutzung um Informationen über die EU zu erhalten wird deutlich häufiger von Personen mit längerer Ausbildung und daher vermutlich höherem Bildungsabschluss betrieben.

Das Internet, aber auch Veranstaltungen und Diskussionen im sozialen Umfeld werden von jüngeren Personen häufiger als von älteren genutzt, während die Nutzung von Fernsehen, Presse und Rundfunk als Informationsquelle über die Europäische Union mit steigendem Lebensalter zunimmt. Vor allem Schüler und Studenten nutzen überdurchschnittlich häufig das Internet, während sie andere Medien eher seltener nutzen.

Welche Medien zur Suche nach Informationen über die EU genutzt werden, entspricht weitgehend den Präferenzen der Befragten. Auf die Frage, wie man denn Informationen über die EU am liebsten erhalten würde, werden Fernsehen, Tagespresse und Rundfunk ähnlich häufig genannt, wie auf die Frage nach der tatsächlichen Nutzung. Dementsprechend fällt für Deutschland wiederum der im Vergleich zur Gesamtheit der EU-Staaten hohe Stellenwert der Tagespresse auf.



Eine Abweichung gibt es lediglich im Bezug auf schriftliches Informationsmaterial, dass häufiger gewünscht als genutzt wird. Ein übersichtliches Merkblatt wünschen sich 18%, eine detaillierte Broschüre 22% der Deutschen, die an Informationen über die Europäische Union interessiert sind. Demgegenüber geben nur 8% an, Bücher, Broschüren oder Merkblätter zu nutzen. Das trifft in vergleichbarer Relation ebenfalls auf die EU als Ganzes zu. Hier wird offenbar ein Mangel an geeignetem Material wahrgenommen. In Deutschland sind es vor allem die mittleren Altersgruppen (zwischen 25 und 54 Jahren), die sich Information in Form detaillierter Broschüren wünschen.

Mit 80% ist die überwiegende Mehrheit der deutschen Befragten dafür, die Funktionsweise der EU-Institutionen den Kindern im Schulunterricht zu vermitteln. Dieser Wert entspricht in etwa dem EU-Durchschnitt (81%) und wird nur in Großbritannien deutlich unterschritten. Am ehesten sprechen sich Personen mit höherer Bildung und höherem Einkommen dafür aus.

Etwa zwei Drittel der Deutschen (68%) sehen eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union in der Schaffung von mehr Bürgernähe durch bessere Information über ihre Politik und ihre Institutionen. Dieser Wert entspricht dem EU-Durchschnitt. Während in den Vorwahlen des Eurobarometers seit Juni 2000 eine leicht steigende Tendenz, bis auf 74% im Dezember 2001, zu verzeichnen war, so ist dieser Anteil nun wieder rückläufig.

Allerdings hat diese Aufgabe verglichen mit anderen Aufgaben der EU nur eine geringere Priorität. Erheblich häufiger werden die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit (89%), die Bekämpfung von organisierter Kriminalität (88%) und Terrorismus (90%) sowie die Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme als vorrangige Aufgaben bezeichnet.

8.3 Kenntnis der Institutionen

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Ministerrat sind in Deutschland jeweils einem geringeren Anteil der Bevölkerung bekannt als in der Gesamtheit der EU-Staaten. Das Parlament ist mit 84% Bekanntheit dennoch das bekannteste EU-Organ in Deutschland. Dagegen geben nur zwei Drittel der Befragten an, schon einmal etwas über die EU-Kommission gehört oder gelesen zu haben. Der Ministerrat der Europäischen Union ist sogar nur etwas mehr als der Hälfte der Deutschen bekannt. Die Bekanntheit der Kommission und des Rates liegt damit jeweils etwa 10 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. Dagegen sind die Europäische Zentralbank, der Europäische Gerichtshof und der Europäische Rechnungshof in Deutschland bekannter als im EU-Durchschnitt. So ist die EZB mit 81% Bekanntheit in Deutschland nach dem Europäischen Parlament die bekannteste EU-Institution, was auf den Sitz in Frankfurt und auf die Einführung des Euro in diesem Jahr zurückzuführen sein mag.

Auch der Europäische Gerichtshof übertrifft mit 77% Bekanntheit in Deutschland noch die Europäische Kommission (69%). EU-weit steht die Kommission dagegen nach dem Parlament an zweiter Stelle. Die Bekanntheit des Europäischen Rechnungshofs ist in Deutschland 10 Prozentpunkte höher als die des Ministerrats (54%).

Alle übrigen abgefragten Institutionen sind weit weniger als der Hälfte der Deutschen bekannt. So ist der Wirtschafts- und Sozialausschuss etwas mehr als einem Drittel (36%), der Ausschuss der Regionen einem Viertel (27%) der Deutschen bekannt. Diese Werte entsprechen in etwa dem EU-Niveau. Nur etwa jeder fünfte Deutsche (22%) hat schon einmal von der Institution des Bürgerbeauftragten der Europäischen Union gehört. Etwa die gleiche Bekanntheit erreicht mit 21% der Konvent zur Reform der EU.

Die Bekanntheit dieser beiden Institutionen liegt wiederum unter dem EU-Durchschnitt, im Falle des Bürgerbeauftragten sogar um ca. 13 Prozentpunkte.

Die Kenntnis der Institutionen ist erwartungsgemäß um so höher, je länger und damit umfassender die schulische Ausbildung ist. Am häufigsten sind die Institutionen unter Personen mittleren Alters bekannt (40 – 54 Jahre), in der Altersgruppe 25-39 Jahre ist die Bekanntheit der jeweiligen Institution häufig etwas höher als bei den über 55-jährigen.

Gegenüber der letzten Erhebung im Dezember 2001 ist die Bekanntheit aller abgefragten Institutionen leicht rückläufig, wobei der Rückgang in Deutschland durchweg stärker ausfällt als in der Europäischen Union insgesamt.

Ein direkter Zusammenhang der Bekanntheitswerte mit Ereignissen wie den Wahlen zum Europäischen Parlament (zuletzt im Juni 1999) oder der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (1. Halbjahr 1999) lässt sich nicht feststellen.

8.4 Zusammenfassung

- Die Deutschen schätzen ihren Kenntnisstand zu EU-Themen höher ein als die Bevölkerung der meisten anderen EU-Staaten.
- Die Berichterstattung über die Europäische Union findet in Deutschland geringeres Interesse als andere politische und gesellschaftliche Themen. Der Anteil aufmerksamer Beobachter liegt unter dem EU-Durchschnitt.
- Die Tagespresse hat in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten einen höheren Stellenwert als Informationsmedium zu EU-Themen.
- Häufiger gewünscht als genutzt werden detaillierte Broschüren und Informationsblätter.
- Die Bekanntheit der Europäischen Kommission und des Ministerrats ist in Deutschland geringer als in anderen Mitgliedsstaaten. Dagegen ist die Bekanntheit der Europäischen Zentralbank, des Europäischen Gerichtshofs und des Rechnungshofs vergleichsweise hoch.
- Die Institution des Bürgerbeauftragten ist in Deutschland deutlich unbekannter als in der EU insgesamt.

9 ANHANG

STANDARD EUROBAROMETER 57.1

TECHNICAL SPECIFICATIONS

Between March 29 and May 1 2002, the European Opinion Research Group, a consortium of Market and Public Opinion Research agencies, made out of INRA in Belgium – I.C.O. and GfK Worldwide, carried out wave 57.1 of the standard Eurobarometer, on request of the EUROPEAN COMMISSION, Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls.

The Standard EUROBAROMETER 57.1 covers the population of the respective nationalities of the European Union Member States, aged 15 years and over, resident in each of the Member States. The basic sample design applied in all Member States is a multi-stage, random (probability) one. In each EU country, a number of sampling points was drawn with probability proportional to population size (for a total coverage of the country) and to population density.

For doing so, the points were drawn systematically from each of the "administrative regional units", after stratification by individual unit and type of area. They thus represent the whole territory of the Member States according to the EUROSTAT NUTS 2 (or equivalent) and according to the distribution of the resident population of the respective EU-nationalities in terms of metropolitan, urban and rural areas. In each of the selected sampling points, a starting address was drawn, at random. Further addresses were selected as every Nth address by standard random route procedures, from the initial address. In each household, the respondent was drawn, at random. All interviews were face-to-face in people's home and in the appropriate national language.

COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORK DATES	POPULATION 15+ (x 000)
Belgium	INRA BELGIUM	1045	29/03 – 30/04	8,326
Denmark	GfK DANMARK	1000	29/03 – 30/04	4,338
Germany(East)	INRA DEUTSCHLAND	1051	29/03 – 28/04	13,028
Germany(West)	INRA DEUTSCHLAND	1000	29/03 – 28/04	55,782
Greece	MARKET ANALYSIS	1002	29/03 – 28/04	8,793
Spain	INRA ESPAÑA	1000	29/03 – 28/04	33,024
France	CSA-TMO	1010	02/04 – 29/04	46,945
Ireland	LANSDOWNE Market Research	984	29/03 – 25/04	2,980
Italy	INRA Demoskopoea	1000	29/03 – 28/04	49,017
Luxembourg	ILRes	602	29/03 – 30/04	364
The Netherlands	INTOMART	997	29/03 – 28/04	12,705
Austria	SPECTRA	1000	29/03 – 28/04	6,668
Portugal	METRIS	1000	29/03 – 28/04	8,217
Finland	MDC MARKETING RESEARCH	1010	29/03 – 28/04	4,165
Sweden	GfK SVERIGE	1000	01/04 – 01/05	7,183
Great Britain	MARTIN HAMBLIN LTD	1004	30/03 – 24/04	46,077
Northern Ireland	ULSTER MARKETING SURVEYS	307	03/04 – 22/04	1,273
	TOTAL NUMBER OF INTERVIEWS	15987		

For each country a comparison between the sample and the universe was carried out. The Universe description was derived from Eurostat population data or from national statistics. For all EU member-countries a national weighting procedure, using marginal and intercellular weighting, was carried out based on this Universe description. As such in all countries, minimum gender, age, region NUTS 2 were introduced in the iteration procedure. For international weighting (i.e. EU averages), INRA (EUROPE) applies the official population figures as provided by EUROSTAT in the Regional Statistics Yearbook (data for 1997). The total population figures for input in this post-weighting procedure are listed above.

The results of the Eurobarometer studies are reported in the form of tables, datafiles and analyses. Per question a table of results is given with the full question text in English, French and German. The results are expressed as a percentage of the total. The results of the Eurobarometer surveys are analysed and made available through the Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls of the European Commission, rue de la Loi 200, B-1049 Brussels. The results are published on the Internet server of the European Commission: <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo>. All Eurobarometer datafiles are stored at the Zentral Archiv (Universität Köln, Bachemer Strasse, 40, D-50869 Köln-Lindenthal), available through the CESSDA Database <http://www.nsd.uib.no/cessda/europe.html>. They are at the disposal of all institutes members of the European Consortium for Political Research (Essex), of the Inter-University Consortium for Political and Social Research (Michigan) and of all those interested in social science research.

Readers are reminded that survey results are estimations, the accuracy of which, everything being equal, rests upon the sample size and upon the observed percentage. With samples of about 1,000 interviews, the real percentages vary within the following confidence limits:

Observed percentages	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Confidence limits	± 1.9%	± 2.5%	± 2.7%	± 3.0%	± 3.1%

**STANDARD EUROBAROMETER 57.1
CO-OPERATING AGENCIES AND RESEARCH EXECUTIVES**

**The European Opinion Research Group EEIG
P.a. INRA (EUROPE) - European Coordination Office SA/NV
Christine KOTARAKOS
159, avenue dela Couronne
B -1050 BRUSSELS – BELGIUM
Tel. ++32 2 642 47 11 – Fax: ++32 2 648 34 08
e-mail: christine.kotarakos@eorg.be**

BELGIQUE	INRA BELGIUM 159, avenue de la Couronne B-1050 BRUXELLES	Mrs Eléonore SNOY inra.belgium@skynet.be	tel. fax	++/32 2 642 47 11 ++/32 2 648 34 08
DANMARK	GfK DANMARK Sylows Allé, 1 DK-2000 FREDERIKSBERG	Mr Erik CHRISTIANSEN erik.christiansen@gfk.dk	tel. fax	++/45 38 32 20 00 ++/45 38 32 20 01
DEUTSCHLAND	INRA DEUTSCHLAND Papenkamp, 2-6 D-23879 MÖLLN	Mr Christian HOLST christian.holst@inra.de	tel. fax	++/49 4542 801 0 ++/49 4542 801 201
ELLAS	Market Analysis 190 Hymettus Street GR-11635 ATHENA	Mr. Spyros Camilleris markanalysis@matrix.kapatel.Gr fax.	tel. fax	++/30 1 75 64 688 ++/30/1/70 19 355
ESPAÑA	INRA ESPAÑA C/Alberto Aguilera, 7-5° E-28015 MADRID	Ms Victoria MIQUEL victoria.miquel@inra.es	tel. fax	++/34 91 594 47 93 ++/34 91 594 52 23
FRANCE	CSA-TMO 22, rue du 4 Septembre F-75002 PARIS	Mr. Bruno JEANBART emmanuel.pignal@csa-tmo.fr	tel. fax	++/33 1 44 94 40 00 ++/33 1 44 94 40 01
IRELAND	LANSLOWNE Market Research 49, St. Stephen's Green IRL-DUBLIN 2	Mr Roger JUPP roger@lmr.ie	tel. fax	++/353 1 661 34 83 ++/353 1 661 34 79
ITALIA	INRA Demoskopea Via Salaria, 290 I-00199 ROMA	Mrs Maria-Adelaïde SANTILLI Santilli@demoskopea.it	tel. fax	++/39 06 85 37 521 ++/39 06 85 35 01 75
LUXEMBOURG	ILReS 46, rue du Cimetière L-1338 LUXEMBOURG	Mr Charles MARGUE charles.margue@ilres.com	tel. fax	++/352 49 92 91 ++/352 49 92 95 555
NEDERLAND	Intomart Noordse Bosje 13-15 NL - 1201 DA HILVERSUM	Mr. Remko VAN DEN DOOL Dre.Koks@intomart.nl	tel. fax	++/31/35/625 84 11 ++/31/35/625 84 33
AUSTRIA	SPECTRA Brucknerstrasse, 3-5/4 A-4020 LINZ	Ms Jitka NEUMANN neji@spectra.at	tel. fax	++/43/732/6901 ++/43/732/6901-4
PORTUGAL	METRIS Av. Eng. Arantes e Oliveira, 3-2° P-1900 LISBOA	Ms Mafalda BRASIL mafaldabrasil@metris.pt	tel. fax	++/351 21 843 22 00 ++/351 21 846 12 03
FINLAND	MDC MARKETING RESEARCH Ltd Itätuulenkuja 10 A FIN-02100 ESPOO	Mrs Anu SIMULA anu.simula@gallup.fi	tel. fax	++/358 9 613 500 ++/358 9 613 50 423
SWEDEN	GfK SVERIGE S:t Lars väg 46 S-221 00 LUND	Mr Rikard EKDAHL rikard.ekdahl@gfksverige.se	tel. fax	++/46 46 18 16 00 ++/46 46 18 16 11
GREAT BRITAIN	MARTIN HAMBLIN LTD Mulberry House, Smith Square 36 UK-London Swip 3HL	Mrs. Lisa LUCKHURST lisa.luckhurst@martinhamblin.co.uk fax	tel. fax	++/44 207 222 81 81 ++/44 207 396 90 46

Studie Nr.	102 267 (530)
Land	03 (14) Deutschland-West/ (Ost)
INRA (E)-Studie Nr.	EB 57.1
SPLIT	1 (2)
Version	final
Fragebogen-Nr.	
Adressenlisten-Nr.	
Interviewer-Nr.	

A) Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst und die Kinder mit eingeschlossen?

- 1 ... eine Person
- 2 ... zwei Personen
- 3 ... drei Personen
- 4 ... vier Personen
- 5 ... fünf Personen
- 6 ... sechs Personen
- 7 ... sieben Personen
- 8 ... acht Personen
- 9 ... neun Personen +

B) Und wie viele Personen davon sind 15 Jahre und älter?

- 1 ... eine Person
- 2 ... zwei Personen
- 3 ... drei Personen
- 4 ... vier Personen
- 5 ... fünf Personen
- 6 ... sechs Personen
- 7 ... sieben Personen
- 8 ... acht Personen
- 9 ... neun Personen +

C) Nennen Sie mir doch bitte die Vornamen dieser ... (**Antwort aus Frage B nennen**) Personen und fangen Sie mit der ältesten Person an.

Q1

Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie? Nennen Sie mir bitte das Land bzw. die Länder, deren Staatsangehörigkeit Sie besitzen.

INT: Mehrfachnennungen möglich.

- | | | | |
|----|-----------------------------------|---|-----------------------|
| 1 | Belgien |) | |
| 2 | Dänemark |) |) |
| 3 | Deutschland |) | |
| 4 | Griechenland |) | |
| 5 | Spanien |) | |
| 6 | Frankreich |) |) |
| 7 | Irland |) | |
| 8 | Italien |) | → weiter mit Frage Q2 |
| 9 | Luxemburg |) |) |
| 10 | Niederlande |) | |
| 11 | Portugal |) | |
| 12 | Großbritannien (inkl. Nordirland) |) | |
| 13 | Österreich |) |) |
| 14 | Schweden |) |) |
| 15 | Finnland |) |) |
| 16 | andere Länder |) | → ENDE |
| 17 | Weiß nicht |) | → ENDE |

Q2

Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?

- 1 häufig
- 2 gelegentlich
- 3 niemals
- 4 weiß nicht

Q3

Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Arbeitskollegen oder Ihre Bekannten von einer Meinung überzeugen, auf die Sie selbst großen Wert legen? Geschieht dies ...

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... häufig,
- 2 ... von Zeit zu Zeit,
- 3 ... selten oder
- 4 ... niemals?
- 5 weiß nicht

Q4

Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind ...

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... sehr zufrieden,
- 2 ... ziemlich zufrieden,
- 3 ... nicht sehr zufrieden oder
- 4 ... überhaupt nicht zufrieden?
- 5 weiß nicht

Q5

Wenn Sie Ihre gegenwärtige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen: Würden Sie dann sagen, sie hat sich verbessert, sie ist ungefähr gleich geblieben oder sie hat sich verschlechtert?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 hat sich verbessert
- 2 ist ungefähr gleich geblieben
- 3 hat sich verschlechtert
- 4 weiß nicht

Q6

Und wenn Sie an die nächsten fünf Jahre denken: Erwarten Sie, dass sich Ihre persönliche Situation verbessert, dass sie ungefähr gleich bleibt oder dass sie sich verschlechtert?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 wird sich verbessern
- 2 wird ungefähr gleich bleiben
- 3 wird sich verschlechtern
- 4 weiß nicht

Q7

Ich habe hier eine Reihe von Dingen, vor denen sich einige Menschen fürchten. Sagen Sie mir bitte zu jedem dieser Dinge, ob Sie persönlich davor Angst haben, oder nicht.

Wie ist das mit ...?

INT: EINZELN vorlesen

	habe Angst davor 1	habe keine Angst davor 2	weiß nicht 3
1...einem Weltkrieg			
2...einem Atomkrieg in Europa			
3...einem konventionellen Krieg in Europa (weder atomar, biologisch oder chemisch)			
4...dem versehentlichen Abschuss einer Atomrakete			
5...einem Unfall in einem Kernkraftwerk			
6...der Verbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen			
7...ethnischen Konflikten (Rassenkonflikten) in Europa			
8...Terrorismus			
9...organisierter Kriminalität			
10...Seuchen / Epidemien			

Q8

Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...

INT.: Einzeln vorlesen.

	eher vertrauen 1	eher nicht vertrauen 2	weiß nicht 3
1... der Presse			
2... dem Rundfunk			
3... dem Fernsehen			
4... der Justiz, dem deutschen Rechtssystem			
5... der Polizei			
6... der Bundeswehr			
7... den religiösen Institutionen			
8... den Gewerkschaften			
9... den politischen Parteien			
10... den Behörden			
11... großen Unternehmen			
12... der Deutschen Bundesregierung			
13... dem Deutschen Bundestag			
14... der Europäischen Union			
15... den Vereinten Nationen			
16... den Nichtregierungsorganisationen			
17... Wohltätigkeitsorganisationen oder ehrenamtlichen Organisationen			

Q9

Verfolgen Sie im allgemeinen Nachrichten über die folgenden Themen? Bitte sagen Sie es mir anhand dieser Skala.

INT.: Skala Q9 vorlegen. Themen vorlesen.

ja, sehr aufmerksam	ja, etwas aufmerksam	nein, überhaupt nicht aufmerksam	weiß nicht
1	2	3	4

- 1... Politik
- 2... soziale Themen wie z.B. Bildung, Gesundheit, Armut, usw.
- 3... die Europäische Union
- 4... Wirtschaft
- 5... Sport
- 6... Umwelt
- 7... Außenpolitik, internationale Angelegenheiten
- 8... Kultur

Q10

Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie viel Sie Ihrer Meinung nach über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen wissen. Die 1 bedeutet: "weiß überhaupt nichts darüber", die 10 bedeutet "weiß sehr viel darüber". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

INT.: Skala Q10 vorlegen.

weiß überhaupt nichts darüber											weiß sehr viel darüber
1	2	3	4	5	6	7	8	9			10

1 weiß nicht

Q11

Wenn Sie Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen erhalten wollen, welche der folgenden Informationsquellen nutzen Sie dann?

INT.: Liste Q11 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Intensiv nachfragen:

Und welche noch?

- | | | |
|----|--|------------------------|
| 1 | Treffen, Veranstaltungen | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 2 | Gespräche mit Verwandten, Freunden, Kollegen | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 3 | Tageszeitungen | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 4 | Wochenzeitungen, Zeitschriften | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 5 | Fernsehen | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 6 | Radio | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 7 | Internet | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 8 | Bücher, Broschüren, Informationsblätter | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 9 | CD-ROM | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 10 | Informationen über die Europäische Union in Aushängen in Büchereien, Rathäusern, Bahnhöfen, Postämtern | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 11 | EU-Informationsbüros, Europa-Informationszentren, Europa-Informationsstände, Europa-Bibliotheken, usw. | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 12 | Informationsbüros auf Bundes- oder Landesebene | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 13 | Gewerkschaften oder Berufsverbände | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 14 | andere Organisationen (z.B. Verbraucherorganisationen usw.) | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 15 | ein Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 16 | sonstiges (INT.: NUR falls spontan genannt) | → WEITER MIT FRAGE Q12 |
| 17 | Suche nie nach solchen Informationen, kein Interesse (INT.: NUR falls spontan genannt) | → WEITER MIT FRAGE Q13 |
| 18 | Weiß nicht | → WEITER MIT FRAGE Q12 |

INT.: Wenn in Frage Q11 Position 1-16 oder 18 „suche nach solchen Informationen“ in irgendeiner Form genannt:

Q12

Ganz allgemein, wie würden Sie Informationen über die Europäische Union am liebsten bekommen?

INT.: Liste Q12 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Intensiv nachfragen:

Und welche noch?

- 1 Als kurzes Merkblatt, das nur einen Überblick gibt
- 2 Als detailliertere Broschüre
- 3 Als Buch mit umfassender Beschreibung
- 4 Auf Videokassette
- 5 Im Internet
- 6 Auf CD-ROM
- 7 Über einen Computer-Terminal, der es Ihnen ermöglicht, auf Datenbanken zuzugreifen
- 8 Aus dem Fernsehen
- 9 Aus dem Radio
- 10 Aus Tageszeitungen
- 11 Aus Wochenzeitungen, Zeitschriften
- 12 Von Postern, Plakaten
- 13 Ich wünsche keine Informationen über die Europäische Union (INT.: NUR falls spontan genannt!)
- 14 Keines davon (INT.: NUR falls spontan genannt)
- 15 Weiß nicht

AN ALLE

Q13

Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ... ?

INT.: Vorlesen.

- 1 ... eine gute Sache,
- 2 ... eine schlechte Sache oder
- 3 ... weder gut noch schlecht?
- 4 Weiß nicht

Q14

Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

- 1 Vorteile
- 2 ist nicht der Fall
- 3 weiß nicht

Q15

Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor ?

- 1 sehr positiv
- 2 ziemlich positiv
- 3 weder positiv noch negativ
- 4 ziemlich negativ
- 5 sehr negativ
- 6 weiß nicht / habe keine Meinung dazu. (INT.: NUR falls spontan genannt)

Q16

Was meinen Sie, hat Ihnen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union persönlich mehr Vorteile oder Nachteile gebracht?

INT.: Vorlesen: Liste Q16 vorlegen. Nur EINE Nennung.

- 1 deutlich mehr Vorteile
- 2 mehr Vorteile
- 3 genau so viele Vorteile wie Nachteile
- 4 mehr Nachteile
- 5 deutlich mehr Nachteile
- 6 weiß nicht / habe keine Meinung dazu (INT.: NUR falls spontan genannt)

Q17

Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Union gescheitert ist, würden Sie es sehr bedauern, wäre es Ihnen gleichgültig oder würden Sie sehr erleichtert sein?

- 1 sehr bedauern
- 2 gleichgültig
- 3 sehr erleichtert sein
- 4 weiß nicht

Q18

Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

INT.: Weißes Kartenspiel mischen und Karten einzeln vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Bereiche einzeln vorlesen.

- K Frieden
- O Wirtschaftlicher Wohlstand
- L Soziale Absicherung
- D Die Freiheit überall in der Europäischen Union reisen, studieren und arbeiten zu können
- G Kulturelle Vielfalt
- P Mehr Mitsprache in der Welt
- I Der Euro
- S Arbeitslosigkeit
- M Bürokratie
- E Geldverschwendung
- B Der Verlust unserer kulturellen Identität
- F Mehr Kriminalität
- H Nicht genug Kontrollen an den Grenzen der Europäischen Union
- 14 Andere (INT.: NUR falls spontan genannt)
- 15 Weiß nicht

Q19

Haben Sie schon einmal etwas gehört oder gelesen über ...

INT.: Liste Q19 vorlegen, bis Q21 liegen lassen UND vorlesen.

- | | ja | nein | weiß nicht |
|--|----|------|------------|
| | 1 | 2 | 3 |
| 1... das Europäische Parlament | | | |
| 2... die Europäische Kommission | | | |
| 3... den Ministerrat der Europäischen Union | | | |
| 4... den Europäischen Gerichtshof | | | |
| 5... den Europäischen Ombudsmann | | | |
| 6... die Europäische Zentralbank | | | |
| 7... den Europäischen Rechnungshof | | | |
| 8... den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union | | | |
| 9... den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union | | | |
| 10... den Konvent zur Reform der Europäischen Union | | | |

Q20

Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Institutionen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt oder nicht.

INT.: Liste Q19 liegt noch vor. Vorlesen.

	wichtige Rolle 1	keine wichtige Rolle 2	weiß nicht 3
1... das Europäische Parlament			
2... die Europäische Kommission			
3... der Ministerrat der Europäischen Union			
4... der Europäische Gerichtshof			
5... der Europäische Ombudsmann			
6... die Europäische Zentralbank			
7... der Europäische Rechnungshof			
8... der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			
10... den Konvent zur Reform der Europäischen Union			

Q21

Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

INT.: Liste Q19 liegt noch vor. Vorlesen.

	eher vertrauen 1	eher nicht vertrauen 2	weiß nicht 3
1... das Europäische Parlament			
2... die Europäische Kommission			
3... der Ministerrat der Europäischen Union			
4... der Europäische Gerichtshof			
5... der Europäische Ombudsmann			
6... die Europäische Zentralbank			
7... der Europäische Rechnungshof			
8... der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			
10... den Konvent zur Reform der Europäischen Union			

Fragen Q22 und Q23 entfallen

Q24a

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der Deutschen Bundesregierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

INT.: Bereiche einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Bereich beginnen.
Immer für alle Bereiche abfragen.

Hier den Startpunkt markieren.

	Entscheidungen durch die Bundesregierung	Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU	weiß nicht
	1	2	3
1	Verteidigung		
2	Umweltschutz		
3	Währungsfragen		
4	humanitäre Hilfe		
5	Gesundheits- und Sozialwesen		
6	Grundregeln für Rundfunk, Fernsehen und Presse		
7	Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung		
8	Kampf gegen Arbeitslosigkeit		
9	Landwirtschafts- und Fischereipolitik		
10	Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen		
11	Bildungs- und Erziehungswesen		
12	Forschung in Wissenschaft und Technik		
13	Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen		
14	Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union		
15	Kulturpolitik		

Q24b

Und wie ist das mit den folgenden Bereichen?

INT.: Bereiche einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Bereich beginnen.
Immer für alle Bereiche abfragen.

Hier den Startpunkt markieren.

	Entscheidungen durch die Bundesregierung	Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU	weiß nicht
	1	2	3
1	Einwanderungspolitik		
2	Regelungen zum politischen Asyl		
3	Kampf gegen das organisierte Verbrechen		
4	Polizeiwesen		
5	Justiz		
6	Aufnahme von Flüchtlingen		
7	Verhinderung von Jugendkriminalität		
8	Verhinderung von Kriminalität in den Städten		
9	Kampf gegen Drogen		
10	Kampf gegen Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen		
11	Kampf gegen internationalen Terrorismus		
12	Die Herausforderungen angehen, die sich durch eine alternde Bevölkerung ergeben.		

Q25

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

INT.: Einzelnen vorlesen. Reihenfolge der Vorschläge von Interview zu Interview ändern. Aber immer alle Vorschläge abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

- | | dafür | dagegen | weiß nicht |
|---|---|---------|------------|
| | 1 | 2 | 3 |
| 1 | Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro. | | |
| 2 | Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten. | | |
| 3 | Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. | | |
| 4 | Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder. | | |
| 5 | Dass die Europäische Union für jene Fragen und Probleme zuständig sein sollte, die nicht effektiv durch die nationalen, regionalen und kommunalen Regierungen gelöst werden können. | | |
| 6 | Der Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Europäischen Kommissare, wenn diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europäischen Parlament besitzen. | | |
| 7 | Kindern in der Schule lehren, wie die Institutionen der Europäischen Union arbeiten. | | |

Q26

Ich lese Ihnen nun einige Maßnahmen vor, die die Europäische Union ergreifen könnte. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Maßnahmen, ob sie Ihrer Meinung nach vorrangig behandelt werden sollte oder nicht.

INT.: Einzelnen vorlesen.

- | | vorrangig
behandeln | nicht vorrangig
behandeln | weiß
nicht |
|----|--|------------------------------|---------------|
| | 1 | 2 | 3 |
| 1 | Neue Mitgliedsstaaten aufnehmen | | |
| 2 | Mehr Bürgernähe in Europa erreichen, z.B. indem man die Bürger besser über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert | | |
| 3 | Die einheitliche Europäische Währung, den Euro, erfolgreich einführen | | |
| 4 | Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen | | |
| 5 | Umweltschutz | | |
| 6 | Die Qualität von Lebensmitteln garantieren | | |
| 7 | Verbraucher schützen und die Qualität anderer Produkte als Lebensmitteln garantieren | | |
| 8 | Kampf gegen Arbeitslosigkeit | | |
| 9 | Die Reform der Institutionen der Europäischen Union und deren Arbeitsweise | | |
| 10 | Das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen | | |
| 11 | Die politische und diplomatische Bedeutung der Europäischen Union in der Welt betonen | | |
| 12 | Frieden und Sicherheit in Europa bewahren | | |
| 13 | Die Rechte des einzelnen und den Respekt vor den Grundsätzen der Demokratie in Europa garantieren | | |
| 14 | Den Terrorismus bekämpfen | | |
| 15 | Die Herausforderungen angehen, die sich durch eine alternde Bevölkerung ergeben. | | |

Q27

In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ...

INT.: Liste Q27 vorlegen UND vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... nur als Deutsche/r,
- 2 ... als Deutsche/r und Europäer/in,
- 3 ... als Europäer/in und Deutsche/r oder
- 4 ... nur als Europäer/in?
- 5 weiß nicht

Q28

Würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, ... (INT.: Nationalität laut Frage Q1 nennen) zu sein?

INT.: Nur EINE Nennung zulassen.

- 1 sehr stolz
- 2 ziemlich stolz
- 3 nicht sehr stolz
- 4 überhaupt nicht stolz
- 5 weiß nicht

Q29

Und würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, Europäer(in) zu sein?

INT.: Nur EINE Nennung zulassen.

- 1 sehr stolz
- 2 ziemlich stolz
- 3 nicht sehr stolz
- 4 überhaupt nicht stolz
- 5 weiß nicht

Q30

Gibt Ihnen die Europäische Union persönlich ein Gefühl von

INT: Liste Q30 vorlegen. Vorlesen. Mehrfachnennungen möglich.

- 1 ... Begeisterung
- 2 ... Hoffnung
- 3 ... Vertrauen
- 4 ... Gleichgültigkeit
- 5 ... Sorge
- 6 ... Misstrauen
- 7 ... Ablehnung
- 8 Weiß nicht

Q31

Wenn es um den Bau Europas, der Europäischen Union, geht, haben manche Menschen vielleicht Ängste. Hier ist eine Liste mit Dingen, von denen einige sagen, dass sie davor Angst haben. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie persönlich derzeit davor Angst haben, oder nicht.

INT.: Liste Q31 vorlegen.

Wie ist es mit ... (INT.: Aussage vorlesen) ...Haben Sie derzeit davor Angst oder nicht?

	hat derzeit Angst davor 1	hat derzeit keine Angst davor 2	weiß nicht 3
1: ... einer Wirtschaftskrise?			
2: ... einem Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens?			
3: ... höherer Arbeitslosigkeit?			
4: ... dem Wegfall von Sozialleistungen?			
5: ... dem Verlust unserer nationalen Identität und Kultur?			
6: ... Entscheidungen, die von den großen Mitgliedsländern erzwungen werden?			
7: ... dass Deutschland nicht mehr wirklich existieren wird?			

Q32

Am 1. Januar 2002 hat der Euro die D-Mark ersetzt. Ist dies Ihrer Meinung nach ...

INT.: Vorlesen.

- 1: ... eine sehr gute Sache,
- 2: ... eine ziemlich gute Sache,
- 3: ... weder eine gute noch eine schlechte Sache,
- 4: ... eine ziemlich schlechte Sache oder
- 5: ... eine sehr schlechte Sache?
- 6: weiß nicht

Frage Q33 entfällt

Q34

Wie wohl fühlen Sie sich beim Gebrauch des Euro: Würden Sie sagen, dass Sie sich ...

INT.: Liste Q34 vorlegen UND vorlesen.

- 1: ... sehr wohl fühlen,
- 2: ... ziemlich wohl fühlen,
- 3: ... nicht sehr wohl fühlen oder
- 4: ... überhaupt nicht wohl fühlen?
- 5: weiß nicht.

Lassen Sie uns jetzt über ein anderes Thema reden: Die Erweiterung der Europäischen Union:

Q35

Welche dieser drei Möglichkeiten für die unmittelbare Zukunft der Europäischen Union würden Sie bevorzugen?

INT: Liste Q35 vorlegen – Nur EINE Nennung

- 1: Die Europäische Union sollte um alle Länder, die beitreten möchten, erweitert werden.
- 2: Die Europäische Union sollte nur um einige der Länder, die beitreten möchten, erweitert werden.
- 3: Die Europäische Union sollte um keine weiteren Länder erweitert werden.
- 4: Keine dieser Möglichkeiten (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 5: Weiß nicht.

Q36a

Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen wären, dass es Teil der Europäischen Union wird.

INT.: Länder einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Land beginnen, aber immer für alle Länder abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	dafür 1	dagegen 2	weiß nicht 3
1 Tschechien			
2 Slowakei			
3 Polen			
4 Ungarn			
5 Rumänien			
6 Slowenien			
7 Estland			
8 Lettland			
9 Litauen			
10 Bulgarien			
11 Zypern			
12 Malta			
13 Türkei			

Q36b

Und wie ist das mit jedem der folgenden Länder: Wären Sie dafür oder dagegen, dass es Teil der Europäischen Union wird?

INT.: Länder einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Land beginnen, aber immer für alle Länder abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	dafür 1	dagegen 2	weiß nicht 3
1 Schweiz			
2 Norwegen			
3 Bosnien-Herzegowina			
4 Kroatien			
5 die frühere Jugoslawische Republik Mazedonien			
6 Jugoslawien			
7 Island			
8 Albanien			

Q37

Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird die Zahl der Mitgliedstaaten von 15 auf mehr als 25 ansteigen. Wie sollten dann Ihrer Meinung nach die Entscheidungen der Europäischen Union getroffen werden ?

INT.: Liste Q37 vorlegen UND vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 einstimmig von allen Mitgliedstaaten
- 2 von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten
- 3 es kommt darauf an (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 4 weiß nicht

Q38

Wenn Sie jetzt einmal an die Erweiterung der Europäischen Union durch die Aufnahme neuer europäischer Länder denken, stimmen Sie dann den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu?

INT.: Aussagen einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einer anderen Aussage beginnen, aber immer für alle Aussagen abfragen

Hier den Startpunkt markieren.

- | | stimme
eher zu
1 | stimme eher
nicht zu
2 | weiß
nicht
3 |
|----|--|------------------------------|--------------------|
| 1 | Je mehr Mitgliedsländer die Europäische Union hat, desto mehr wird der Frieden und die Sicherheit in Europa garantiert sein. | | |
| 2 | Die Erweiterung wird keine Zusatzkosten für die jetzigen Mitgliedsländer, wie z.B. Deutschland, bedeuten. | | |
| 3 | Nach der Erweiterung durch neue Länder wird Deutschland eine weniger wichtige Rolle in Europa spielen. | | |
| 4 | Je mehr Mitgliedsländer es gibt, desto höher wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland sein. | | |
| 5 | Die Europäische Union sollte künftigen Mitgliedsländern finanziell helfen, auch schon bevor Sie beitreten. | | |
| 6 | Wenn erst mal neue Länder beigetreten sind, wird Deutschland weniger finanzielle Hilfe von der Europäischen Union erhalten. | | |
| 7 | Mit zusätzlichen Ländern wird es sehr viel schwieriger sein, Entscheidungen auf Europäischer Ebene zu treffen. | | |
| 8 | Je mehr Mitgliedsländer die Europäische Union hat, desto wichtiger wird ihre Rolle in der Welt sein. | | |
| 9 | Die größere Zahl an Mitgliedsländern wird Europa kulturell bereichern. | | |
| 10 | Die Europäische Union muss die Arbeitsweise ihrer Institutionen reformieren, bevor neue Mitgliedsländer aufgenommen werden. | | |

Q39

Wie gut fühlen Sie sich über die Erweiterung der Europäischen Union durch die neuen Beitrittskandidaten informiert? Fühlen Sie sich

- 1: ...sehr gut informiert?
- 2: ...gut informiert?
- 3: ...nicht sehr gut informiert?
- 4: ...überhaupt nicht gut informiert?
- 5: Weiß nicht.

Q40

Sind Sie der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, oder nicht?

- 1: Ja, sie sollte eine Verfassung haben
- 2: Nein, sie sollte keine Verfassung haben
- 3: weiß nicht

Q41

Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer eigenen Meinung am nächsten: Der Präsident der Europäischen Kommission sollte ...

INT: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ernannt werden.
- 2 ... von der Mehrheit des Europäischen Parlamentes gewählt werden.
- 3 ... direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt werden.
- 4 Andere (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 5 Weiß nicht

Q42

In der Europäischen Union hat jedes Mitgliedsland das Recht, ein Veto bei den wichtigsten oder heikelsten Entscheidungen einzulegen. Mit anderen Worten, jedes Land kann eine solche Entscheidung blockieren, selbst wenn die anderen Länder diese Entscheidung unterstützen. Sollte dieses Vetorecht

INT: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... beibehalten werden, um die wesentlichen nationalen Interessen zu erhalten?
- 2 ... abgeschafft werden, um die Europäische Union leistungsfähiger zu machen?
- 3 Weiß nicht

Q43

Gegenwärtig führt jeder Mitgliedsstaat einen Teil seiner Steuereinnahmen an die Europäische Union ab. Würden Sie es vorziehen, wenn Sie diesen Beitrag direkt an die Europäische Union zahlen, oder nicht?

INT.: Gemeint ist, dass die Bürger die Steuer direkt an die EU bezahlen

- 1 Ja, eine direkte Zahlung wäre mir lieber
- 2 Nein, eine direkte Zahlung wäre mir nicht lieber
- 3 Weiß nicht

Lassen Sie uns nun über ein anderes Thema sprechen.

Q44

Einmal angenommen, morgen würden die Wahlen zum Bundestag stattfinden: Können Sie mir sagen, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie zur Wahl gehen würden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala von 1 bis 10: „1“ bedeutet, dass Sie auf keinen Fall zur Wahl gehen würden, und „10“ bedeutet, dass Sie auf jeden Fall zur Wahl gehen würden. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

INT: Skala Q44 vorlegen und bis Q46 liegen lassen.

- | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|---|---|---|---|---|---|---|---|--|--|--------------------------------|
| würde auf keinen
Fall wählen | | | | | | | | | | | würde auf jeden
Fall wählen |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | | | 10 |
- 1 weiß nicht

Q45

Nehmen wir jetzt einmal an, morgen würden Landtagswahlen stattfinden: Können Sie mir sagen, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie zur Wahl gehen würden? Sagen Sie es mir bitte wieder anhand dieser Skala von 1 bis 10: „1“ bedeutet, dass Sie auf keinen Fall zur Wahl gehen würden, und „10“ bedeutet, dass Sie auf jeden Fall zur Wahl gehen würden. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

INT: Skala Q44 liegt noch vor.

- | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|---|---|---|---|---|---|---|---|--|--|--------------------------------|
| würde auf keinen
Fall wählen | | | | | | | | | | | würde auf jeden
Fall wählen |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | | | 10 |
- 1 weiß nicht

Q46

Und nehmen wir schließlich einmal an, morgen würden die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden: Können Sie mir sagen, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie zur Wahl gehen würden? Sagen Sie es mir bitte wieder anhand dieser Skala von 1 bis 10: „1“ bedeutet, dass Sie auf keinen Fall zur Wahl gehen würden, und „10“ bedeutet, dass Sie auf jeden Fall zur Wahl gehen würden. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

INT: Skala Q44 liegt noch vor.

würde auf keinen
Fall wählen

1

2

3

4

5

6

7

8

9

würde auf jeden
Fall wählen

10

1 weiß nicht

Q47

Bitte überlegen Sie sich für die folgenden Institutionen, ob deren Tätigkeiten, Entscheidungen usw. große Auswirkungen, einige Auswirkungen oder gar keine Auswirkungen auf Menschen wie Sie haben. Wie ist das mit...

INT: Skala Q47 vorlegen und Institutionen einzeln vorlesen.

	Große Auswir- kungen 1	Einige Auswir- kungen 2	Gar keine Auswirkungen 3	Weiß nicht 4
1. ...der deutschen Bundesregierung?				
2. ...dem deutschen Bundestag?				
3. ...der Europäischen Union als Ganzes?				
4. ...speziell dem Europäischen Parlament?				
5. ...Ihrer Landesregierung?				

Q48

Wenn Sie einmal an das Europäische Parlament denken, würden Sie sagen, dass es etwas Bestimmtes gibt, dass Ihnen am Europäischen Parlament gefällt?

INT: Die Antwort des Befragten genau zuordnen. Nur EINE Nennung.

- 1 Ja (Befragter nennt einen bestimmten positiven Aspekt zum Europäischen Parlament)
- 2 Ja (Befragter nennt keinen bestimmten positiven Aspekt zum Europäischen Parlament)
- 3 Nein (dem Befragten gefällt nichts am Europäischen Parlament)
- 4 Weiß nicht

Q49

Und wenn Sie an das Europäische Parlament denken, würden Sie sagen, dass es etwas Bestimmtes gibt, dass Ihnen am Europäischen Parlament nicht gefällt?

INT: Die Antwort des Befragten genau zuordnen. Nur EINE Nennung.

- 1 Ja (Befragter nennt einen bestimmten negativen Aspekt zum Europäischen Parlament)
- 2 Ja (Befragter nennt keinen bestimmten negativen Aspekt zum Europäischen Parlament)
- 3 Nein (dem Befragten missfällt nichts am Europäischen Parlament)
- 4 Weiß nicht

Q50

Können Sie sich erinnern, in letzter Zeit in Zeitungen, Zeitschriften, im Radio oder im Fernsehen irgend etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört zu haben?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 weiß nicht

Q51

Hatten Sie seit den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament irgend etwas über einen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes gesehen, gehört oder hatten Sie Kontakt mit einem in einer der folgenden Weisen:

INT: Liste Q51 vorlegen UND vorlesen. Mehrfachnennungen möglich

- 1 Ja, ich habe etwas über Abgeordnete des Europäischen Parlamentes in der Zeitung / in einer Zeitschrift gelesen
- 2 Ja, ich habe etwas über Abgeordnete des Europäischen Parlamentes im Internet gelesen
- 3 Ja, ich habe Abgeordnete des Europäischen Parlamentes im Fernsehen gesehen.
- 4 Ja, ich habe Abgeordnete des Europäischen Parlamentes im Radio gehört.
- 5 Ja, ich habe eine Broschüre, Informationen, einen Brief von (einem) Abgeordneten des Europäischen Parlamentes bekommen.
- 6 Ja, ich habe Abgeordnete des Europäischen Parlamentes auf (einer) öffentlichen Versammlung(en) gesehen.
- 7 Nein, habe weder etwas gesehen, gehört, noch hatte ich sonst irgendeine Art von Kontakt
- 8 Andere (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 9 Weiß nicht

Q52

Wären Sie selbst daran interessiert mehr über einen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in einer der eben genannten Weisen zu sehen oder zu hören?

INT: Liste Q52 vorlegen UND vorlesen. Mehrfachnennungen möglich

- 1 Ja, ich würde gerne etwas über Abgeordnete des Europäischen Parlamentes in der Zeitung / in einer Zeitschrift lesen
- 2 Ja, ich würde gerne etwas über Abgeordnete des Europäischen Parlamentes im Internet sehen, hören oder lesen
- 3 Ja, ich würde gerne Abgeordnete des Europäischen Parlamentes im Fernsehen sehen.
- 4 Ja, ich würde gerne Abgeordnete des Europäischen Parlamentes im Radio hören.
- 5 Ja, ich würde gerne eine Broschüre, Informationen, einen Brief von (einem) Abgeordneten des Europäischen Parlamentes bekommen.
- 6 Ja, ich würde gerne Abgeordnete des Europäischen Parlamentes auf (einer) öffentlichen Versammlung(en) sehen.
- 7 Nein, ich wäre daran nicht interessiert
- 8 Andere (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 9 Weiß nicht

Lassen Sie uns nun über ein anderes Thema sprechen: den Euro.

Q53

Wer hat Ihnen am meisten geholfen, als der Euro im Januar 2002 eingeführt wurde?

INT: Liste Q53 vorlegen UND vorlesen. Mehrfachnennungen möglich

- 1 Die Institutionen der Europäischen Union
- 2 Die Bundesregierung, die Bundes- oder Landesbehörden
- 3 Ihre örtlichen Behörden, Ihre Gemeinde
- 4 Sozialarbeiter
- 5 Verbände / Organisationen für ältere Menschen
- 6 Verbände / Organisationen für behinderte Menschen
- 7 Verbraucherorganisationen
- 8 Andere Organisationen
- 9 Banken, Bankangestellte
- 10 Supermärkte, Angestellte in Supermärkten
- 11 Einzelhandel, Angestellte im Einzelhandel
- 12 Die Medien / die Presse
- 13 Familie, Freunde
- 14 Andere (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 15 Niemand, ich brauchte keine Hilfe (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 16 Niemand, mir hat niemand geholfen (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 17 Weiß nicht

Q54

Die Europäische Union und die Mitgliedsländer haben eine Informationskampagne entwickelt „Euro leicht gemacht“, die sich an spezielle Gruppen wie Blinde, Gehörlose, geistig behinderte Menschen, ältere Menschen usw. richtet.

a) Haben Sie etwas darüber gehört, oder nicht?

- 1 Ja
- 2 Nein
- 3 Weiß nicht

b) Und hat Sie Ihnen genutzt, oder nicht?

- 1 Ja
- 2 Nein
- 3 Weiß nicht

Q55

Wenn Sie sehen, dass in einem Geschäft die Preise sowohl in D-Mark als auch in Euro ausgewiesen sind, auf welchen Preis schauen Sie dann?

INT.: Liste Q55 vorlegen. Nur EINE Nennung.

- 1 Nur auf die Preise in D-Mark
- 2 Manchmal auch auf die Preise in Euro
- 3 Immer auch auf die Preise in Euro
- 4 Nur auf die Preise in Euro
- 5 Weiß nicht

Q56

a) Glauben Sie, ist für Sie die zweifache Auszeichnung der Preise in Euro und DM noch unbedingt notwendig, ziemlich nützlich, ziemlich nutzlos oder völlig nutzlos?

INT: Skala Q56 vorlegen und vorlesen. Antwort im Schema eintragen. Nur EINE Nennung.

b) Und für die Menschen im allgemeinen: Glauben Sie, ist für diese die zweifache Auszeichnung in Euro und DM noch unbedingt notwendig, ziemlich nützlich, ziemlich nutzlos oder völlig nutzlos?

INT: Skala Q56 liegt noch vor. Skala vorlesen und Antwort im Schema eintragen. Nur EINE Nennung.

	Unbedingt notwendig 1	Ziemlich nützlich 2	Ziemlich nutzlos 3	Völlig nutzlos 4	Weiß nicht 5
a) Für Sie					
b) Für die Menschen im allge- meinen					

Q57

a) Wenn Sie den Preis für ein Produkt des täglichen Bedarfs betrachten, denken Sie dann immer, oft, manchmal oder nie in D-Mark?

INT: Skala Q57 vorlegen und Antwort im Schema eintragen. Nur EINE Nennung.

b) Und wenn Sie für ein Produkt des täglichen Bedarfs bezahlen, denken Sie dann immer, oft, manchmal oder nie in D-Mark?

INT: Skala Q57 liegt noch vor. Antwort im Schema eintragen. Nur EINE Nennung.

	Immer 1	Oft 2	Manchmal 3	Nie 4	Ich achte nie auf die Preise (INT: Nur falls SPONTAN genannt) 5	Weiß nicht 6
a) Beim Betrachten von Preisen eines Produktes						
b) Beim Bezahlen eines Produktes						

Q58a

Wenn Sie einen Preis nur in Euro sehen oder hören, rechnen Sie diesen dann immer, oft, manchmal oder nie in D-Mark um?

INT: Skala Q57 liegt noch vor.

- 1 immer
- 2 oft
- 3 manchmal
- 4 nie
- 5 Weiß nicht

- WEITER MIT FRAGE Q58b
- WEITER MIT FRAGE Q58b
- WEITER MIT FRAGE Q58b
- WEITER MIT FRAGE Q59
- WEITER MIT FRAGE Q59

INT.: Wenn in Frage Q58a Position 1-3, „immer“, „oft“ oder „manchmal“ genannt:

Q58b

Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Umrechnungsmethoden, ob Sie sie immer, oft, manchmal oder nie benutzen.

INT: Skala 57 liegt noch vor. Jeweils nur EINE Nennung.

Wie ist das mit der...

	Immer 1	Oft 2	Manchmal 3	Nie 4	Weiß nicht 5
1. ...Umrechnung im Kopf (ungefähren Betrag)					
2. ...Umrechnung mit Hilfe eines Taschenrechners / Euro-Rechners					
3. ...Umrechnung mit Hilfe einer Umrechnungstabelle					

Q59

Für wie viel länger benötigen Sie Preisangaben in D-Mark und zwar

INT.: Situationen einzeln vorlesen und Dauer schätzen lassen. Antwort jeweils im Schema ankreuzen. SPONTAN ANTWORTEN LASSEN. ANTWORTVORGABEN NICHT VORLESEN. BEFRAGTE(N) NICHT IN DEN FRAGEBOGEN SEHEN LASSEN!!!

	Ich benötige die Preisangaben in D-Mark nicht mehr 1	Bis zu 3 Monate 2	4-6 Monate 3	Länger als 6 Monate 4	Für immer 5	Weiß nicht 6
1 ... in Geschäften ?						
2 ... auf Ihren Kontoauszügen ?						
3. ... auf Rechnungen für Strom, Telefon usw. ?						

Q60

Ihrer Meinung nach, wie viel kostet jedes der folgenden Produkte ungefähr in Euro? Es macht nichts, wenn Sie es nicht so genau wissen. Uns genügt eine grobe Schätzung.

Was kostet ungefähr in Euro...

INT.: Produkte einzeln vorlesen und Preis in Euro schätzen lassen. Antwort jeweils im Schema ankreuzen.

SPONTAN ANTWORTEN LASSEN. ANTWORTVORGABEN NICHT VORLESEN. BEFRAGTE(N)

NICHT IN DEN FRAGEBOGEN SEHEN LASSEN!!!

	1 Euro oder weniger 1	mehr als 1 bis zu 2 Euro 2	mehr als 2 bis zu 5 Euro 3	mehr als 5 bis zu 10 Euro 4	mehr als 10 bis zu 30 Euro 5	mehr als 30 Euro 6	weiß nicht 7
1. ...eine Schachtel Zigaretten							
2. ...10 Liter Normalbenzin							
3. ...ein Paar Schuhe							
4. ...6 Eier							
5. ...eine Musik-CD							
6. ...ein Liter Milch							
7. ...eine Pizza zum Mitnehmen							

Q61

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Aspekte, ob er Ihrer Meinung nach sehr einfach, ziemlich einfach, ziemlich schwierig oder sehr schwierig ist.

INT: Skala Q61 vorlegen. Jeweils nur EINE Antwort für jede Situation.

	Sehr einfach 1	Ziemlich einfach 2	Ziemlich schwierig 3	Sehr schwierig 4	Weiß nicht 5
1. Die verschiedenen Euromünzen zu unterscheiden					
2. Die verschiedenen Euroscheine zu unterscheiden					
3. Die Euromünzen beim Bezahlen zu benutzen					
4. Die Euroscheine beim Bezahlen zu benutzen					
5. Sich die Preise in Euro zu merken					
6. Die Preise in Euro von Geschäft zu Geschäft zu vergleichen					
7. Ihre Rechnungen, Gehaltsabrechnungen oder Kontoauszüge in Euro zu verstehen.					

Q62a

Es gibt 8 verschiedene Euromünzen. Ist das Ihrer Meinung nach....

INT: Liste Q62a vorlegen UND vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... sehr kompliziert,
- 2 ... ziemlich kompliziert,
- 3 ... nicht sehr kompliziert, oder

- 4 ... überhaupt nicht kompliziert?
- 5 Weiß nicht

Q62b

Einige Leute sagen, dass die 1- und 2-Cent-Stücke aus dem Verkehr gezogen werden sollten. Andere Leute sagen, dass diese notwendig sind, um den genauen Betrag bezahlen zu können und zu verhindern, dass die Preise steigen. Welche dieser beiden Ansichten kommt Ihrer eigenen am nächsten?

INT: Liste Q62b vorlegen UND vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 1- und 2-Cent-Stücke sollten aus dem Verkehr gezogen werden
- 2 Sie sind notwendig, um den genauen Betrag bezahlen zu können und zu verhindern, dass die Preise steigen
- 3 Weiß nicht

Q63a

Die Euromünzen haben eine Seite mit einem nationalen Symbol, dass von 12 Sternen umrundet ist.

Ist es Ihrer Meinung nach eine gute Sache oder eine schlechte Sache, dass die Euromünzen eine Seite mit einem nationalen Symbol haben?

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 Eine gute Sache
- 2 Eine schlechte Sache
- 3 Es macht keinen Unterschied (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 4 Weiß nicht

Q63b

Begegnen Ihnen Euromünzen aus anderen Ländern?

(INT: Falls ja:) Und wie oft begegnen Ihnen Euromünzen anderer Länder: sehr oft, ziemlich oft, nicht sehr oft?

INT: Nur EINE Nennung.

- 1 Nein, nie
- 2 Ja, sehr oft
- 3 Ja, ziemlich oft
- 4 Ja, nicht sehr oft
- 5 Nein, ich wusste nicht, dass es Euromünzen anderer Länder gibt (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 6 Ich achte nicht darauf (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 7 Weiß nicht

Q64a

Haben Sie persönlich den Eindruck, dass bei der Umstellung zum Euro die Preise im allgemeinen abgerundet wurden, aufgerundet wurden oder gar nicht gerundet wurden?

(INT: Falls „abgerundet“:) Und wurde in allen Bereichen oder nur in bestimmten Bereichen abgerundet?

(INT: Falls „aufgerundet“:) Und wurde in allen Bereichen oder nur in bestimmten Bereichen aufgerundet?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 Die Preise wurden im allgemeinen nicht gerundet. → WEITER MIT FRAGE Q67
- 2 Die Preise wurden im allgemeinen in allen Bereichen abgerundet. → WEITER MIT FRAGE Q67
- 3 Die Preise wurden im allgemeinen in allen Bereichen aufgerundet. → WEITER MIT FRAGE Q67
- 4 Die Preise wurden im allgemeinen nur in bestimmten Bereichen abgerundet. → WEITER MIT FRAGE Q64b
- 5 Die Preise wurden im allgemeinen nur in bestimmten Bereichen aufgerundet. → WEITER MIT FRAGE Q64b
- 6 Weiß nicht → WEITER MIT FRAGE Q67

INT.: Wenn in Frage Q64a Position 4 oder 5 „in bestimmten Bereichen abgerundet bzw. aufgerundet“ genannt: Q64b

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob Sie das Gefühl haben, dass bei der Umstellung zum Euro dort die Preise immer aufgerundet wurden, meistens aufgerundet wurden, meistens abgerundet wurden oder immer abgerundet wurden.

INT: Skala Q64b vorlegen und Bereiche EINZELN vorlesen.

Wie ist das mit

	Immer aufgerundet	Meistens aufgerundet	Meistens abgerundet	Immer abgerundet	Alles in allen hat sich das ausgeglichen (INT: Nur falls SPONTAN genannt) 5	Weiß nicht 6
1. ... Supermärkten						
2. ... kleinen Lebensmittelgeschäften						
3. ... anderen kleinen Geschäften						
4. ... Dienstleistungen wie Friseure, Taxis usw.						
5. ... Cafés und Restaurants						
6. ... öffentlichen Verkehrsmitteln						
7. ... Freizeitaktivitäten (Kino, Schwimmbäder, usw.)						
8. ... Bankgebühren						
9. ... Verkaufsautomaten (für Getränke, Süßigkeiten etc.)						

Fragen Q65 und Q66 entfallen

AN ALLE

Q67

Alles in allem, wie ist Ihrer Meinung nach der Übergang zum Euro für Leute wie uns verlaufen?

INT.: Liste Q67 vorlegen und liegen lassen. Nur EINE Nennung.

- 1 Ohne irgendwelche Schwierigkeiten
- 2 Mit einigen vorübergehenden Schwierigkeiten
- 3 Mit einigen langwierigen Schwierigkeiten
- 4 Mit großen Schwierigkeiten
- 5 Weiß nicht

Q68

Und wie ist der Übergang zum Euro speziell für Sie verlaufen?

INT.: Liste Q67 liegt noch vor. Nur EINE Nennung.

- 1 Ohne irgendwelche Schwierigkeiten
- 2 Mit einigen vorübergehenden Schwierigkeiten
- 3 Mit einigen langwierigen Schwierigkeiten
- 4 Mit großen Schwierigkeiten
- 5 Weiß nicht

Q69

Sind Sie der Meinung, dass alles in allem, die Einführung der Euronoten und Euromünzen hier in Deutschland sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht verlaufen ist?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 sehr gut
- 2 ziemlich gut
- 3 ziemlich schlecht
- 4 sehr schlecht
- 5 weder gut noch schlecht (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 6 Weiß nicht

Q70

Alles zusammen genommen, fühlen Sie sich sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden, dass der Euro unsere Währung wurde?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 sehr zufrieden
- 2 ziemlich zufrieden
- 3 nicht sehr zufrieden
- 4 überhaupt nicht zufrieden
- 5 Nichts davon (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 6 Weiß nicht

Q71

Stimmen Sie der folgenden Aussage völlig zu, eher zu, lehnen Sie sie eher ab, oder lehnen Sie sie völlig ab:

„Durch die Nutzung des Euros statt der D-Mark fühlen wir uns europäischer als vorher“.

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 stimme völlig zu
- 2 stimme eher zu
- 3 lehne eher ab
- 4 lehne völlig ab
- 5 Das hat nichts damit zu tun, wie europäisch wir uns fühlen (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 6 Ich interessiere mich nicht für Europa (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 7 Weiß nicht

Q72

Wie sehr hängen Sie persönlich an der einheitlichen europäischen Währung, also dem Euro: hängen Sie sehr daran, ziemlich daran, nicht sehr daran oder hängen Sie überhaupt nicht daran?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 hänge sehr daran
- 2 hänge ziemlich daran
- 3 hänge nicht sehr daran
- 4 hänge überhaupt nicht daran
- 5 Weiß nicht

Q73

Und wie sehr hängen Sie persönlich noch an der D-Mark: hängen Sie noch sehr daran, ziemlich daran, nicht sehr daran oder hängen Sie überhaupt nicht mehr daran?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 hänge noch sehr daran
- 2 hänge noch ziemlich daran
- 3 hänge nicht mehr sehr daran
- 4 hänge überhaupt nicht mehr daran
- 5 Weiß nicht

D1

In der Politik spricht man von "links" und "rechts". Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?

INT: Skala D1 vorlegen; dem Befragten Zeit lassen, n i c h t beeinflussen: falls er zögert, zur Antwort ermutigen!

links										rechts
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	

1: Verweigert

2: Weiß nicht

Fragen D2 bis D6 entfallen

D7

Hier ist eine Liste mit möglichen Familiensituationen. Welche davon entspricht Ihrer eigenen Lebenssituation am besten? Es genügt, wenn Sie mir den Buchstaben nennen.

INT: Liste D7 vorlegen. Nur EINE Nennung zulassen.

- 1: A Verheiratet
- 2: B Verheiratet in 2. Ehe oder öfter
- 3: C Ledig, lebe mit einem Partner zusammen
- 4: D Ledig, noch nie mit einem Partner zusammengelebt
- 5: E Ledig, früher bereits mit einem Partner zusammengelebt, aber nun ohne Partner lebend
- 6: F Geschieden
- 7: G Getrennt lebend
- 8: H Verwitwet
- 9: sonstiges (INT: NUR falls spontan genannt!)
- 10: Verweigert (INT: NUR falls spontan genannt!)

D8

Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?

INT: Genaues Alter eintragen. Falls Befragte(r) zur Zeit noch in der Ausbildung: "00" eintragen.

/ ___ / ___ / Jahre

Frage D9 entfällt

D10

INT: Geschlecht eintragen:

1: männlich

2: weiblich

D11

Darf ich fragen, wie alt Sie sind ?

/ ___ / ___ / Jahre

Fragen D12 bis D14 entfallen

D15a

Sind Sie persönlich berufstätig?

Berufstätig

- 1: voll berufstätig (einschließlich Auszubildende)
- 2: teilweise berufstätig (einschließlich Auszubildende)

Nicht berufstätig

- 3: zur Zeit arbeitslos
- 4: Rentner/ Pensionär/ Frührentner
- 5: Hausfrau/ Hausmann und verantwortlich für den Haushaltseinkauf und den Haushalt (ohne anderweitige Beschäftigung)
- 6: Schüler/ Student

D15b

Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus bzw. welchen Beruf haben Sie zuletzt ausgeübt?

INT: Liste D15b/D21b vorlegen. Genaue Berufsbezeichnung notieren UND unten ankreuzen. Bei Auszubildenden Lehrberuf angeben.

Selbständig

- 1: Landwirt
- 2: Fischer
- 3: Freie Berufe (z.B. Rechtsanwalt, Arzt, Steuerberater, Architekt usw.)
- 4: Ladenbesitzer, Handwerker, usw.
- 5: Selbständige Unternehmer, Fabrikbesitzer (Alleininhaber, Teilhaber)

Angestellt

- 6: Freie Berufe im Angestelltenverhältnis (z.B. angestellte Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten usw.)
- 7: Leitende Angestellte, Direktor oder Vorstandsmitglied
- 8: Mittlere Angestellte (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter, Lehrer, Technischer Leiter)
- 9: Sonstige Büroangestellte
- 10: Angestellte ohne Bürotätigkeit mit Schwerpunkt Reisetätigkeit (Vertreter, Fahrer)
- 11: Angestellte ohne Bürotätigkeit z.B. im Dienstleistungsbetrieb (Krankenschwester, Bedienung in Restaurant, Polizist, Feuerwehrmann)
- 12: Meister, Vorarbeiter, Aufsichtstätigkeit
- 13: Facharbeiter
- 14: sonstige Arbeiter
- 15: nie berufstätig gewesen

Fragen D16 bis D18 entfallen!

D19

Sind Sie in Ihrem Haushalt diejenige Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt?

- | | |
|-----------------|-------------------------|
| 1: Ja | → weiter mit Frage D25 |
| 2: Nein | → weiter mit Frage D21a |
| 3: Beide gleich | → weiter mit Frage D25 |
| 4: W.n./k.A. | → weiter mit Frage D25 |

Frage D20 entfällt

INT: Nur wenn Befragter mit 'nein' (Pos. 2) in Frage D19, sonst weiter mit Frage D25
D21a

Ist die Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt, berufstätig?

Berufstätig

- 1: voll berufstätig (einschließlich Auszubildende)
- 2: teilweise berufstätig (einschließlich Auszubildende)

Nicht berufstätig

- 3: zur Zeit arbeitslos
- 4: Rentner/ Pensionär/ Frührentner
- 5: Hausfrau/ Hausmann und verantwortlich für den Haushaltseinkauf und den Haushalt (ohne anderweitige Beschäftigung)
- 6: Schüler/ Student

D21b

Welchen Beruf übt diese Person zur Zeit aus bzw. welchen Beruf hat sie zuletzt ausgeübt?

INT: Liste D15b/D21b vorlegen. Genaue Berufsbezeichnung notieren UND unten ankreuzen. Bei Auszubildenden Lehrberuf angeben.

Selbständig

- 1: Landwirt
- 2: Fischer
- 3: Freie Berufe (z.B. Rechtsanwalt, Arzt, Steuerberater, Architekt usw.)
- 4: Ladenbesitzer, Handwerker, usw.
- 5: Selbständige Unternehmer, Fabrikbesitzer (Alleininhaber, Teilhaber)

Angestellt

- 6: Freie Berufe im Angestelltenverhältnis (z.B. angestellte Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten usw.)
- 7: Leitende Angestellte, Direktor oder Vorstandsmitglied
- 8: Mittlere Angestellte (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter, Lehrer, Technischer Leiter)
- 9: Sonstige Büroangestellte
- 10: Angestellte ohne Bürotätigkeit mit Schwerpunkt Reisetätigkeit (Vertreter, Fahrer)
- 11: Angestellte ohne Bürotätigkeit z.B. im Dienstleistungsbetrieb (Krankenschwester, Bedienung in Restaurant, Polizist, Feuerwehrmann)
- 12: Meister, Vorarbeiter, Aufsichtstätigkeit
- 13: Facharbeiter
- 14: sonstige Arbeiter
- 15: nie berufstätig gewesen

Fragen D22 bis D24 entfallen

AN ALLE

D25

Würden Sie sagen, dass Sie in einer ländlichen Gegend, also auf dem Dorf, in einer Kleinstadt oder Mittelstadt oder in einer großen Stadt leben?

- 1: ländliche Gegend
- 2: Klein- oder Mittelstadt
- 3: große Stadt
- 4: weiß nicht

Fragen D26 bis D28 entfallen!

D29

Um die Resultate dieser Umfrage für verschiedene Typen von Haushalten analysieren zu können, brauchen wir auch Informationen über das Einkommen dieses Haushalts pro Monat. Hier ist eine Liste mit Einkommensgruppen.

INT: Liste D29 vorlegen.

Rechnen Sie dafür bitte zusammen: alle Einkommen aus Lohn, Gehalt, Selbständigkeit; alle Einkommen aus Renten, Pensionen und Versicherungen; alle öffentlichen Zuwendungen wie Kindergeld und Wohngeld und eventuelle Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Ihre Angaben werden selbstverständlich vollkommen anonym gehalten, so dass keinerlei Rückschlüsse auf Sie oder Ihren Haushalt möglich sind. Bitte nennen Sie mir auf dieser Liste den Buchstaben, der für das monatliche Bruttoeinkommen Ihres Haushalts zutrifft, das heißt vor dem Abzug von Steuern und Sozialabgaben.

1: B		bis 1.500 DM	(bis 750 €)
2: T	1.501	bis 1.750 DM	(751 bis 875 €)
3: P	1.751	bis 2.000 DM	(876 bis 1.000 €)
4: F	2.001	bis 2.250 DM	(1.001 bis 1.125 €)
5: E	2.251	bis 2.500 DM	(1.126 bis 1.250 €)
6: H	2.501	bis 2.750 DM	(1.152 bis 1.375 €)
7: L	2.751	bis 3.000 DM	(1.376 bis 1.500 €)
8: N	3.001	bis 3.500 DM	(1.501 bis 1.750 €)
9: R	3.501	bis 4.000 DM	(1.751 bis 2.000 €)
10: M	4.001	bis 4.500 DM	(2.001 bis 2.250 €)
11: S	4.501	bis 5.000 DM	(2.251 bis 2.500 €)
12: K	5.001	DM und mehr	(2.501 € und mehr)
13:	verweigert		
14:	weiß nicht		

Fragen D30 bis D31 entfallen!

D32

Besitzen Sie privat ein Telefon?

- 1: Ja
- 2: Nein

+ Interviewerprotokoll